

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.

**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

**Inserate**  
(1½ Sgr. für die fünfgespaltenen  
Seite oder deren Raum,  
Reklamen verhältnismäßig  
höher sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an denselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
**10 Uhr Vormittags an-**  
genommen.

## Amtliches.

Berlin, 23. Januar. Se. Majestät der König haben Allergrädigst geruht: Dem Stabs- und Garnisonarzt Dr. Schulz zu Danzig den Nothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem evangelischen Pfarrer Schink zu Großkirchen im Kreise Löben, dem Steuereinnehmer Heidemann zu Regenwalde, und dem Amtmann Karl Lüders zu Geicher im Kreise Köslin, dem Nothen Adlerorden vierter Klasse, dem Rathmann Strauß zu Freienwalde im Kreise Saagia, dem Schulehrer und Organisten Unverricht zu Fürstenau im Kreise Neumarkt, und dem pensionierten Strafanstalts-Werkmeister Hauke zu Halle a. S., das Allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Seilermeister Joseph Sutter zu Ehrenbreitstein im Kreise Koblenz, dem Müllergefellen Schues und dem pensionierten Eisenbahn-Schaffner Hahn, beide zu Enden im Kreise Neuhaldensleben, die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; ferner dem Regierungsratssekretär Holisch in Posen den Charakter als Kanzleirath zu verleihen.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Dresden, Freitag, 22. Januar. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurden die Anträge des Ausschusses in Betreff der schleswig-holsteinschen Frage einstimmig angenommen. Der Minister von Beust sprach in versöhnlichem Sinne, betonte jedoch entschiedenes Festhalten des von der sächsischen Regierung eingenommenen rechtlichen Standpunktes, und hofft denselben schließlich zur Geltung zu bringen.

Frankfurt a. M., Freitag, 22. Januar. Nachmitt. In der heutigen Sitzung des Bundestages zeigten Oestreich und Preußen an, daß der Durchmarsch ihrer Truppen durch Holstein nach Schleswig begonnen habe. In der Versammlung war allgemeines Einverständniß darüber, daß das Verhältniß der Civilkommissarien und des Generals v. Hake zu den sächsischen und hämmerischen Exekutionstruppen von dem Durchmarsch nicht berührt werde. Dem gemäß sind genaue Instruktionen an beide Kommissarien erlassen worden. Die österreichische und die preußische Brigade, welche als erste Reserve für Exekutionstruppen aufgestellt waren, schließen sich den durchmarschierenden Truppen an.

Lemberg, Freitag, 22. Januar, Nachmitt. Die am 17. d. M. aus dem Zollkiewer Kreise in Galizien nach Polen übergetretene Reiterabtheilung unter Komorowski soll von den Russen geschlagen, ihr Anführer gefallen oder doch verwundet sein. Auch eine Insurgentenabtheilung unter Cwick ist bei Krasnabrod geschlagen worden; einige Flüchtlinge derselben überschritten im Przemysler Kreise die österreichische Grenze.

## Auswanderung und Kolonisation.

### II.

Wenn die Einwanderung in das russische Reich für dasselbe von jener eine Quelle der Kultur war und von all seinen Regierungen mehr oder weniger auch dafür angesehen wurde, so ist andererseits gewiß, daß die Einwanderer nicht durch das Interesse getrieben werden, die russische Kultur zu fördern, sondern durch die Aussicht, sich eine sichere Existenz zu begründen oder gar Vermögen zu erwerben.

Vor einem Jahrhundert gab es noch andere Impulse, worunter der stärkste, der Glaubensfanatismus. Einen Auswanderungszwang, den jener herbeiführte, kennt man heute in Europa nicht mehr; wer auswandert, ist Herr seines Willens. Das könnte die Bedingungen der Aufnahme gegen die Vorzeit erheblich ändern; denn es ist vielleicht ein großer Unterschied, ob jemand als Vertreter an die fremde Pforte pocht oder als ein frei Handelnder. Friedrich der Große aber nahm vor hundert Jahren die vertriebenen aller Länder in Preußen auf, und begünstigte sie, wenn sie ihm gesunde Arme und Geschicklichkeit mitbrachten, sogar gegen die Landeskinder. Friedrich Wilhelm III. wies den Hinterthalen den schönsten Strich Landes im Hirschberger Thale zum großen Verdrüß der Eingeborenen als Niederlassung an.

Um so bereiter muß sich ein kulturbefürstiges Land der Einwanderung eines Kulturvolks öffnen, das ohne äußeren Zwang seinem Selbstbehaltungstrieb folgt. Es gewinnt selbst am meisten bei den Privilegien, die es den Fremden einzuräumen für gut findet, Privilegien, die mit der individuellen Freiheit und Selbstbestimmung zusammenhängen und von selbst entbehrlich werden, wenn die persönliche Freiheit und die Autonomie der Gemeinden erst Gemeingut aller geworden ist. — Im alten Polen mußten die deutschen Einwohner Privilegien und besonders ihr eignes Stadtrecht beanspruchen, weil der politische Zustand und die Rechtspflege weit hinter dem ihrer Heimath zurück waren. Russland hat heute, wenn nicht gleiche, doch ähnliche Zugeständnisse zu machen; denn wer in das Reich einwandert, erwartet nicht bloß die nackte Existenz, sondern ein politisch und bürgerlich freies Dasein, wie er es in der Heimath verlassen hat. Ist Russland in seiner inneren Organisation auf der Höhe der Staaten des Westens angekommen, werden die Sonderrechte der Fremden von selbst verschwinden. Amerika bietet der Einwanderung keine Sonderrechte und Begünstigungen, jeder muß sehen, wie er durch das chaotische Treiben der neuen Welt sich durchwindet, um an einen ruhigen gesicherten Punkt zu gelangen, und dennoch dieser ungeheure Zufluss von Fremden, die dort ihr Glück suchen. Die Ursache ist, weil hier die indi-

viduelle Freiheit Gemeingut geworden, jeder sich nach Willen bewegen kann und nicht auf jedem Schritte fühlt, daß er regiert wird.

Es ist aber noch ein anderer Grund für diese massenhafte Einwanderung; mit der Freiheit des Verkehrs geht gleichen Schritt die unberechenbare Menge der Verkehrsmitte, vor Allem das dichte Eisenbahnnetz. In wenigen Tagen kann der Fremde das ganze Gebiet der Union durchfliessen, und wenn ihm dieser Ort nicht zusagt, bald eine andere Niederrassung suchen, wogegen der Auswanderer in Russland an die Scholle gebannt bleibt, sich vereinsamt und für immer vom Mutterlande getrennt sieht. Wird Russland dem Auslande seine Grenzen geöffnet haben und nur anähnend, wie das westliche Europa von Eisenbahnen durchzogen sein, dann wird ihm der Strom der deutschen Einwanderung sich fast ausschließlich zuwenden.

Diese Aussicht muß für Deutschland, wenn es überhaupt von dem Überfluß seiner Bevölkerung etwas abgeben soll, viel erfreulicher sein, als ein fortwährender Abzug nach Amerika oder Australien. Da Deutschland kein Seestaat ist, noch werden wird, so sind die überseeischen deutschen Kolonien ihm so gut wie verloren, sie vermögen keinerlei Rückwirkung auf das Mutterland zu äußern.

Mit den deutschen Auswanderungen in Russland und Polen aber können wir in vielfältigem Verkehr bleiben und selbst an den Früchten ihrer Wirtschaft partizipieren. Jenseit der russische Staat durch reichere Bevölkerung an Industrie und allgemeinem Wohlstand zunimmt, desto enger müssen die Beziehungen Norddeutschlands zu ihm sich gestalten, desto höher steigt sich das gegenseitige Bedürfnis und desto fruchtbare wird sich der durch zunehmende Kommunikationsmittel erweiterte Handelsbetrieb für beide Länder erweisen.

## Deutschland.

**Polen.** △ Berlin, 22. Jan. [Die Verwerfung der Anleihe; die preußisch-österreichische Alliance.] So ist denn das entschiedenste und weitgreifendste Misstrauensvotum, das überhaupt innerhalb des Parlamentarismus gedacht werden kann, der Regierung von der Volksvertretung durch die heut erfolgte Nichtbewilligung der Kriegsanleihe und die Annahme der Schulze-Carlowitz'schen Resolution zu Theil geworden. Wäre das Verhältniß zwischen Krone und Volk in Preußen nicht so durchaus unheilbar verdorben: die Minorität der 52 Stimmen, aus dem allem Volksbewußtsein fern stehenden Häuflein der Konservativen und den mehr für die Kirche als für den Staat zuverlässigen Freunden der Reichenberger bestehend, und die überwältigende Majorität der Opposition aller liberalen Parteien Preußens müßte die Regierung zur Umkehr auf ihrer verhängnisvollen Bahn machen, ehe es zu spät ist. Wenn Männer wie der Graf Schwerin unter der Majorität sind, dann kann die Regierung darauf verzichten, mit den an sich schon verbrauchten Stichwörtern der Demokratie und der parlamentarischen Regierung noch irgend eine Wirkung auf das Volk auszuüben. Das Ministerium täusche sich nicht: viel unbedingter, als in irgend einer unserer inneren Verfassungsfragen, viel heftiger, als in Betreff der Armee-Reorganisation, hat es in seiner schleswig-holsteinschen Politik das Volk gegen sich. Das Ministerium im Beiseite der thatächlichen Gewalt mag sich über die Bedeutung des heutigen Beschlusses immerhin leicht hinwegsetzen, mag das Wort bewahren, daß es auch ohne Zustimmung der Volksvertretung Krieg führen könne, wenn es wolle: das Ausland wird den Beschuß des preußischen Abgeordnetenhauses in seinem vollen Umfange zu würdigen wissen. Wir werden es bald erleben, wie die Zahl der Gegner unter den auswärtigen Mächten zunimmt und vor der Übermacht der Feinde innen und außen die hochfliegenden Pläne der Politik unseres Ministerpräsidenten zusammenschrumpfen werden. Es ist denn doch etwas anderes, eine kriegerische Aktion gegen den Willen des Volkes unternehmen, und etwas anderes, sie zum siegreichen Ausgang zu bringen. Zum Erstern ist die Regierung nach der Verfassung berechtigt, das Letztere ist in Preußen mehr, als in irgend einem andern Lande, unmöglich. — Daz der Schluß der Session in Voraussicht der Ergebnisse der heutigen Sitzung schon auf Montag überbaumt sei, ist nach meinen Informationen durchaus nicht feststehend. Zum mindesten hängt es davon ab, ob das Herrenhaus morgen die Budgetberatung beendet. Ist dies der Fall, dann ist allerdings Wahrrscheinlichkeit vorhanden, daß der Handelsminister mit seinen Eisenbahnvorlagen zurücktritt vor dem zweifellos vorhandenen Wunsche des Gesamtministeriums, von dem Abgeordnetenhaus befreit zu werden. Die Nachricht von einem möglichen Zustandekommen des Budgets hat sich bekanntlich als irrig herausgestellt; die Verwerfung des vom Abgeordnetenhaus bewilligten Etats und die Annahme des Budgets in der ursprünglichen Gestalt der Regierungsvorlage durch das Herrenhaus ist gewiß.

Nach den Erläuterungen des Grafen Rechberg in der Kommission des österreichischen Reichsraths und dem Stillschweigen des Ministerpräsidenten während der Anlehnedebatte kann ein Zweifel nicht länger darüber obhalten, daß eine Art Bündniß zwischen Preußen und Oestreich geschlossen ist. Auch nimmt man hier ziemlich allgemein an, daß die Garantie Venetiens darin eine Rolle spielt, und die Abmachungen die Eventualität eines Krieges in Italien wesentlich im Auge haben. Tritt diese Eventualität, wie man in Wien fürchtet, im Frühjahr ein, dann erst dürfte der praktische Kern der vereinbarten Stipulationen zu Tage treten, und die Spekulationen, von denen ich Sie schon häufiger unterhalten habe, ihrer Ausführung etwas näher treten. Da indessen diese Voraussetzung eines Krieges in Italien gerade so viel bedeutet, wie die Voraussetzung eines allgemeinen Weltbrandes, und die Dinge zur Zeit noch sehr wenig danach aussehen, so glaube ich, brauchen uns diese Geheimnisse der preußisch-österreichischen Diplomatie nicht übermäßig zu interessiren. Ein allgemeiner Krieg wird noch manches Andere über den Haufen werfen, als diplomatische Kartenhäuser. Fürs Erste sieht es viel mehr danach aus, als gingen wir zur besseren Vorbereitung des Krieges noch einer Periode der

wieder auferstandenen heiligen Allianz und einer Zeit straffer Reaktion im östlichen Europa entgegen. Darin wird denn wohl auch die schleswig-holsteinsche Frage ihre provisorische Lösung finden. Das Verhalten der Majorität am Bundesstage gegenüber der großmächtlichen Okkupation Schleswigs spricht dafür, und ebenso deuten die mit Vorliebe verbreiteten Nachrichten von der Geneigtheit des Kopenhagener Kabinetts, durch eine sogenannte verfassungsmäßige Aufhebung des Grundgesetzes den Boden für Unterhandlungen zu gewinnen, darauf hin. Die Börse ist entschieden friedlich gestimmt. Eine gestern Abend hier eingetroffene Privatdepesche, die unter Angabe aller möglicher Details einen Zusammenstoß zwischen den dänischen und sächsischen Truppen an der Eider meldete, hat sich zum Glück für die Börseleute als eine Ente erwiesen.

○ Berlin, 22. Januar. Ueber Aussichten für die preußische Marine; Rüstungsmaßregeln; Wahrscheinlichkeit eines kriegerischen Zusammentoßes; das deutsche Eisenbahnhwesen. Die letzten Nachrichten über den Stand der preußischen Marine lauten nichts weniger als erfreulich. Es hat sich schon jetzt als gewiß herausgestellt, daß an eine Indienststellung der beiden noch im Bau begriffenen Schraubenkorvetten „Herta“ und „Medusa“, wie das in England in Bestellung gegebene Panzer-Kuppelschiff vor nächstem Herbst keinesfalls zu denken ist; von den vorhandenen Fahrzeugen aber befinden sich der „Adler“ und zwei Kanonenboote erster Klasse im Mittelmeer, und die Schraubenkorvette „Gazelle“ in Japan, von wo ihre Rückkehr keinesfalls vor 5 bis 7 Monaten zu erwarten steht. Zum unmittelbaren Dienst bleiben demzufolge nur an Schraubenschiffen: die Korvetten „Arcona“ und „Vinetta“, zu je 28, und „Nympha“, zu 17 Kanonen, das U-Boot „Grille“ zu 2 Geschützen, und 4 Kanonenboote erster und 15 zweiter Klasse, wie an Segelschiffen: die 3 Fregatten „Geston“, „Niobe“ und „Thetis“, und die 3 jedoch nur als Schulschiffe benutzten Briggs „Rover“, „Musquito“ und „Hela“. Es verleutet beiläufig, daß, da die englische Admiralität entschlossen scheint, den Bau oder Anlauf von Schiffen für preußische Rechnung in englischen Häfen nicht zu gestatten, die preußische Regierung entschlossen sei, namentlich den Bau einiger Panzer-Kuppelschiffe in Amerika in Bestellung zu geben. — Dafür, daß man in unseren leitenden Kreisen Seitens der Dänen bei einem Einmarsch in Schleswig ernsten Widerstand erwartet, kann wohl die Abordnung des jüngeren Prinzen Albrecht zu dem mobilen Korps in Holstein als ein redender Beweis angesehen werden. Es ist eine derartige Zutheilung eines königlichen Prinzen bisher immer nur für den Fall in Aussicht stehender ernster Eventualitäten verfügt worden. Wozu die angeordneten gewaltigen Rüstungsmaßregeln eigentlich bestimmt sind, bleibt freilich eine ganz andere Frage. Zwei Divisionen befinden sich nun schon mobil, zwei haben die Mobilmachungsordre, drei die, sich auf Kriegsbereitschaft zu setzen, erhalten. Außerdem sind vom ersten Armeekorps aber noch die Regimenter Nr. 3, 4, 5, 43 und 45, und vom zweiten Korps Nr. 42, 54 und eben noch erst 61 ebenfalls auf Kriegsbereitschaft gesetzt worden. An Artillerie befinden sich jetzt 19 Batterien mobil oder in der Mobilmachung begriffen, und zusammen 32 haben Ordre, sich kriegsbereit zu machen. Diese Rüstung an Artillerie würde für eine Armee von 240,000 Mann ausreichen und läßt kaum einen Zweifel, daß noch ein weiteres Aufgebot an Kräften beabsichtigt wird. Wozu aber und zu welchem Zwecke solche Riesenanstalten? Gegen Dänemark gewiß nicht, denn nach den letzten zuverlässigen Mitteilungen aus Schleswig ergibt sich, daß die Dänen mit dem Aufgebot ihrer ganzen Macht von ihren 22 Infanterie- und 6 Kavallerieregimentern nur 17 der ersten und 5 der leichten in der Stellung am Dannenwerf haben konzentriren können, von welchen ein Infanterie-Regiment, das 14, überdies wegen Unzulänglichkeit schon hat zurückgeschickt werden müssen. Auch sollen die somit gegenwärtig vereinigten 32 dänischen Bataillone durchgängig kaum 600 Mann stark sein und steht die Verwendbarkeit der auf den dänischen Inseln in Angriff genommenen Reservebildungen keinesfalls vor Mitte dieses Sommers zu gewärtigen. Die schon bereiten preußisch-österreichischen Kräfte können unbedingt für mehr als hinreichend angesehen werden, mit der gesamten dänischen Macht fertig zu werden. Einzelne österreichische Offiziere und Soldaten, wahrscheinlich die Fouriere ihrer für heute und morgen angesagten Regimenter, waren übrigens schon gestern in den Straßen von Berlin zu bemerken, ausgesucht schöne Männerhaften, doch schienen die fremden Gäste eben nicht von den Sympathien der Bevölkerung getragen zu werden. Es sind die hier erwarteten 4 österreichischen Brigaden beiläufig die ersten österreichischen Truppen, welche seit 1760 die preußische Hauptstadt vertreten haben. — Die Eisenbahnförderung dieses Korps und der preußischen Truppen läßt erneut die Mängel des deutschen Eisenbahnewesens und zwar hier gerade vorzugsweise der preußischen und österreichischen Staatsbahnen sehr bedenklich hervortreten. Unter Inanspruchnahme sämtlicher irgend heranziehender Betriebskräfte, wie mit Anspannung der ganzen Kraft an Menschen und Material wird es nichtsdestoweniger doch nur gelingen, täglich bis 7000 Mann zu befördern, während 1859 auf den französischen Südbahnen täglich bis 22,000 Mann befördert wurden. Die Sache wird dadurch aber noch bemerkbar, daß die Absendung dieser leichten Truppen in ihren unmittelbaren Divisionsverbänden mit allem Geschütz, Gerät und Fuhrwesen erfolgte, wogegen hier die Beförderung nur Waffenweise getrennt und namentlich mit Zurückhaltung der gesamten Trains bis zuletzt bewirkt werden kann. Große Veränderungen des deutschen Eisenbahnewesens dürften nach dem Ausfall dieser ersten größeren militärischen Probe wohl unerlässlich erscheinen.

— Se. Majestät der König nahm um 11 Uhr verschiedene Meldungen entgegen, namentlich die des österreichischen Feldmarschall-Lientenants Freiherrn von Gablenz und dessen Stabes, sowie des Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg, Lientenants im Westphälischen Ulanen-Regiment Nr. 5, welcher zu dem preußischen Hauptquartier in Holstein kommandirt ist. Darauf begann der Vortrag des Kriegsministers und des Militärkabinetts, um 1½ Uhr wurde der General-Feldmarschall Freiherr von Wrangel, und sodann der Geheime

Kabinets-Rath Wirkliche Geheime Rath Illaire empfangen. Um 5 Uhr findet im Königlichen Palais ein Diner statt, zu dem unter Anderen die hier eingetroffenen Kaiserlich Königlich österreichischen Offiziere befohlen sind. Abends wird Se. Majestät den Subscriptionsball im Opernhaus mit Allerhöchsteiner Gegenwart beehren. — Gestern Abend um 8 Uhr fand bei Ihren königlichen Majestäten im hiesigen königlichen Schloße Cour und nach derselben Konzert im weißen Saale statt. (St. Anz.)

— Aus einer Denkschrift, welche der ehemalige preußische Bundestagsgesandte Freiherr v. Usedom an den König Friedrich Wilhelm IV. unterm 4. Februar 1851 gerichtet, heißt die „Allg. Z.“ folgende wichtigste Stellen mit:

„Nach einem eingehenden Studium der dänischen Successionsfrage bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß durch Annahme der englisch-russischen Propositionen Preußen sich in die heillosten Verwicklungen stürzen würde. Kein menschlicher Scharfum vermag zu erwarten, welcher Vortheil uns aus solchem Vorgehen erwachsen könnte: denn nichts liegt dem Gebiete der Wahrscheinlichkeit ferner, als die Annahme, daß Dänemarks Politik Preußen und dem nördlichen Deutschland sich freundlicher zeigen würde, wenn man ihm die Herzogthümer zu dauernder Einverleibung überläße. Würden Ew. Majestät für die dauernde Verbindung Hannovers mit England gewünscht haben? Oder würden Ew. Majestät den baskischen Provinzen feindlich entgegengetreten sein, als diese ihre Fueros, und ihre männliche Erbfolge vertheidigt? Auch die Herzogthümer haben ihre Fueros, und werden künftig sich erheben, um ihre männliche Erbfolge zu vertheidigen. Durch den Versuch, die legitime Erbfolge in den Herzogthümern gewaltsam und ohne Verzichtleistung von Seite der Beteiligten zu brechen, wird Willkür an die Stelle politischer Erbrechte gestellt und ein gefährliches Beispiel gegeben. Zahlreiche Prätendenten werden sich einfinden, und die Saat künftiger Revolutionen zu Gunsten der Legitimität wird mit vollen Händen ausgeschüttet werden. Wenn Ew. Majestät den gefährlichen Entschluß fassen sollten, auf die russisch-englischen Propositionen einzugehen, so wird früher oder später die Zeit kommen, wo Preußen gezwungen sein wird, für illegitime Ansprüche einzutreten, gegen die Rechte und Interessen der Herzogthümer und nicht minder gegen die preußischen Interessen selbst. Ich flehe zu Gott, daß Ew. Majestät sich um keinen Preis beteiligen mögen an der Aufstellung des Prinzips einer genannten „Integrität“, welche gar nicht existirt, sondern erst künftlich geschaffen werden soll. Das Recht Dänemarks an solche Integrität hat keine andere Grundlage, als die Wünsche des revolutionären dänischen Volks. Und es kann Ew. Majestät nicht schwer fallen, sich freizuhalten von dem unheilvollen Plan, in welchen man Preußen verwickeln will, wenn Ew. Majestät einfach bei dem Grundsatz stehen bleiben, welcher in der alten Erklärung des Fürsten Metternich und des Herrn v. Cantz ausgesprochen ist, und seitdem als Richtschnur gedient hat, nämlich: daß das proprie Prinzip der „Integrität“ nicht vorzusehen, sondern nachzusehen sei dem Prinzip der legitimen Erbfolge — d. h. dem Recht der Agnaten, und daß demzufolge erst nach freiwilliger Verzichtleistung aller Agnaten auf ihre Rechte von dem Prinzip der Integrität die Rede sein könne.“

— Der Ministerpräsident v. Bismarck hat in der gestrigen Sitzung einer Note des Baron v. Pechlin gedacht. Dieses Urturkund befindet sich in den Protokollen der Bundesversammlung aus dem Jahre 1846. Die wichtigste Stelle daraus lautet: „Von der anderen Seite haben Se. Maj. eben so wenig daran gedacht, irgend eine Veränderung in den Verhältnissen herbeizuführen, welche das Herzogthum Holstein mit dem Herzogthum Schleswig verbinden. Vielmehr findet diese Verbindung im offenen Briefe mit den nämlichen Worten ihre Anerkennung, welche deshalb in dem allgemeinen Gesetz vom 28. Mai 1821 gebraucht sind. Sie besteht ihrem Wesen nach darin, daß beide Herzogthümer, bis auf Holsteins Eigenschaft als Bundesstaat und die abgeordneten Ständeversammlungen, neben dem Socialnexus der Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft, bei gemeinsamer oder gleichartiger Gesetzgebung oder Verwaltung alle öffentlichen Rechtsverhältnisse mit einander gemein haben.“ — Und an einer andern Stelle: „Schon die Ausdrücke „Gesamtstaat“, „Gefammtmonarchie“ beweisen, daß hier von keinem Staate die Rede sein soll, in welchem ein Theil dem andern untergeordnet, oder ein Land als Provinz dem andern als Hauptland einverlebt wurde. Vielmehr ist die Monarchie aus Ländern zusammengesetzt, die unabhängig von einander und jedes in gedeihlichem Besitz einer selbstständigen Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung, gleichwohl mehr oder weniger durch gemeinsame in der geschichtlichen Entwicklung und der Zweckmäßigkeit begründete Verhältnisse verbunden sind.“

— Die „Nordd. Allg. Z.“ enthält folgendes Communiqué: „Bei der Beratung des dem Landtag vorgelegten Gesetzentwurfs, betreffend die Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaft auf den Seeschiffen, in der Kommission des Hauses der Abgeordneten ist, nach Inhalt des von derselben erstatteten Berichts, von einem ihrer Mitglieder angeführt worden, daß in preußischen Häfen, namentlich in Stettin, fremde Matrosen unmittelbar nach ihrer Ankunft, in Erwartung einer Fortsetzung des letzten Heuervertrages von den Polizeibehörden schleunigst ausgewiesen und

auf Kosten ihrer bisherigen Rheder zwangsweise in ihre ausländische Heimat zurückbefördert würden. Es war hieran die Bemerkung geknüpft worden, daß dieses Verfahren der Polizeibehörden den Rhedern große Kosten verursache, das Zustrom von Schiffselementen in die preußischen Häfen hindere und deshalb als ein der Staatsregierung zur Abhülfe zu empfehlender Nebelstand zu bezeichnen sei. Die in Folge dieser Angaben veranlaßte amtliche Erörterung des von der königlichen Polizeidirektion zu Stettin bezüglich der Behandlung fremder Matrosen beobachteten Verfahrens hat nachstehendes Resultat ergeben. Fälle, in welchen fremde Seeleute deshalb, weil sie aus dem Schiffsdienste entlassen, nicht sogleich einen anderen Schiffsdienst erhalten könnten, aus Stettin polizeilich ausgewiesen und auf Kosten ihrer bisherigen Rheder nach ihrer ausländischen Heimat zurückbefördert wären, sind bis jetzt nicht vorgekommen. Dagegen ist allerdings bisweilen von ausländischen Seelen, welche im Stettiner Hafen abgeholzt, und ein neues Dienstverhältnis zu finden, wegen vorgerückter Jahreszeit außer Stande waren, die Mitwirkung der königlichen Polizeidirektion behufs ihrer Rückbeförderung in die Heimat erbettet worden. Die Polizeibehörde hat dann ihre Einwirkung stets darauf beschränkt, die Bittsteller dem betreffenden Konsul zu überweisen, welcher die Heimhaftung derselben zu bewirken — soviel bekannt — niemals unterlassen hat. Die über das Verfahren der königl. Polizeibehörde zu Stettin erhobene Klage hat sich hiernach als unbegründet herausgestellt.“

— Der hiesige Gewerberath ist durch Beschuß der Regierung zu Potsdam aufgehoben; er war der letzte im preußischen Staate. Die Veranlassung bildet ein dahin gehender Antrag des Magistrats, welcher die neu auszuschreibenden Beiträge für uneinziehbar erklärt.

— Wie der „Bürger- und Bauerfreund“ berichtet, ist dem Rechtsanwalt Hafer in Tilsiterburg wegen nicht bezahlter Steuern ein Pelz abgepfändet und verkauft.

— Die beiden polizeilich mit Beschuß belegten Nummern des „Volksgarten“ sind in Berlin durch Beschuß des Gerichts wieder freizugeben.

Danzig, 20. Januar. Das Flottille geschwader unter Kapitän z. S. Kuhn ist in 5 Divisionen formirt, welchen je 4 Dampfkanonenboote und 8 Ruderjollen nebst einem Schleppdampfer zugethieilt und unter Kommando der Korvettenkapitäne Klatt, Hassenstein, Schelle, Lieutenants z. S. erster Klasse Bachen und Krausnick gestellt sind. Der sechste Schleppdampfer ist zum Krankenschiff bestimmt. (D. D.)

Memel, 19. Januar. Die Bevölkerung unseres Kreises, des nördlichsten der preußischen Monarchie, besteht vorherrschend aus Litthauern, welche in allen Verhältnissen ein entschiedenes Misstrauen gegen die Deutschen an den Tag legen. Dieses Misstrauen ist leider in der neuesten Zeit durch die politischen Agitationen noch mehr gesteigert, indem man den Deutschen, welche von den Litthauern „Demokraten“ „geschimpft“ werden, Feindschaft gegen die heiligsten Interessen des Vaterlandes zuschreibt. Daraus entstehen nicht selten Streitigkeiten, die oft einen blutigen Ausgang nehmen. Bei vorherrschender Liebe zur Kirche steht übrigens die Moralität der Litthauer im Ganzen auf einer sehr niedrigen Stufe, und wird namentlich mit der Heiligkeit des Eides zum Schrecken der Gerichtshöfe oft ein frevelhaftes Spiel getrieben. — Die Hoffnung, daß die englische Kompagnie, welche die Tilsit-Insterburger Bahn baut, sich zu ihrer Fortführung dieser bis zu unserem Orte entschließen werde, ist gänzlich geschwunden, da die verlangte Zinsgarantie exorbitant war. Dagegen zeigt sich jetzt ziemlich bestimmte Aussicht, diesen sehnlich gewünschten Schienennetz von einer Gesellschaft Berliner und Frankfurter Banquiers erbaut zu sehen, sobald die russische Regierung das Projekt festhält, ihrerseits eine Eisenbahn von der preußischen Grenze über Libau nach Riga zu bauen. Der Tilsiter und Hendekruger Kreis, deren Gebiet unsere Bahn durchschneiden müßte, haben sich zur unentgeltlichen Hergabe des Grund und Bodens bereit erklärt. Gegen die Übernahme der Kosten zum Brückenbau über die Memel bei Tilsit dürfen nach dem bis jetzt befolgten Prinzip von Seiten des Staats eventuell keine Schwierigkeiten erhoben werden. — Küstenbefestigungen sind bis jetzt zum Schutz unseres Hafens hier noch nicht in Angriff genommen. Wegen der polnischen Unruhen wurde unserer Stadt eine Kompagnie als Garnison im vorigen Jahre überwiesen. Selbst wenn es zu einem Kriege mit Dänemark kommen sollte, hofft man hier, daß unser Hafen, ebenso wie 1848—40, aus Courtoisie gegen Russland nicht blockiert werden wird. (Ostl. Z.)

Hannover, 21. Januar. Heute Nacht passirten in ähnlicher

Weise wie gestern 6 Jüge mit preußischen Soldaten unser Bahnhof. Die Jüge enthielten nur Kavallerie und Artillerie. (Hann. C.)

Mecklenburg. Parchim, 20. Januar. Nachdem gestern Mittag die angekündigten Kürassiere vom brandenburger Kürassier-Regiment eingetroffen, rückten gestern weiter hier ein die Füsilier vom 64. Regiment, so wie eine ganze Batterie. Sämtliche Truppen hatten heute hier Rasttag. (P. B.)

### Schleswig-Holstein.

Von der Eider, 19. Januar. Die Gerichte von einem strengen Verfahren der dänischen Behörden gegen die militärisch Dienstpflichtigen nach dem Süden entflohen oder entfliehenden Südschleswiger erhalten ihre Bestätigung. Den vermiften Rekruten wird jetzt mit aller Strenge nachgeforscht und wo die leiseste Spur ihrer etwa zwei Monate zurückliegenden Gegenwart am Heimathorte zu ermitteln ist, wird zur Konfiskation der Hinterlassenschaft der Betreffenden geschritten, oder im Falle die Entflohenen nicht in einer selbstständigen Stellung sich befanden, also weder Grundbesitz, noch häusliche Einrichtung hinterließen, den Eltern oder sonstigen Angehörigen derselben neben der späteren Anwendung der dänischen Kriegsgez. Bestimmungen die nachträgliche Bezahlungnahme von Vermächtnissen u. s. w. für die vergebens Gesuchten androht. — Von verschiedenen Seiten ist an den Herzog Friedrich die Aufforderung ergangen, in Anbetracht des „glücklichen Augenblicks“ an der Spitze von schleswig-holsteinschen Freischaaren in Schleswig einzurücken. Der Herzog antwortete jedoch bestimmt, daß ein Eroberungsversuch durch Freischaaren nicht in seiner Absicht liege, daß er auf die Anerkennung seiner Regierung durch den Bund vertraue und diese Hoffnung durch keine eigenmächtige Handlung abschwäche werde. (H. C.)

Aus Schleswig, 20. Januar. Angesichts der bevorstehenden Ereignisse ist es jedenfalls eigenthümlich, daß die Dänen ihre Dannenwerftstellung um eine Infanteriebrigade, die nach Flensburg geht, schwächen, und gleichzeitig die Kriegskräfte zweier Brigaden, aus 140,000 und 80,000 Thalern bestehend, eben dort hin bringen. Will man aufgeben, oder befürchtet man im Rücken der Truppen, in dem vom Militär entblößten Nord-Schleswig Volksaufstände? — Das 10. und 12. Bataillon, aus Schleswigen und Holsteinern bestehend, und in Dörfern südlich der Dannenwerke lantournirend, werden aufgelöst und unter die jütischen Bataillone so verteilt, daß auf 4 Dänen 1 Deutschen kommt. Es ist wieder alles still geworden von der, seitens der Kommissare an Dänemark gestellten Forderung, die widerrechtlich zurückgehaltenen holsteinschen Soldaten zu entlassen. Das 14. Regiment, aus Holsteinern und Lauenburgern bestehend und, wie früher gemeldet, aufgelöst, ist wieder neu gebildet und nach Kopenhagen verlegt worden, wohin sich gleich nach der Auflösung alle Offiziere des Regiments begaben. Außer dem de Mezaischen Generalkommando hat man jetzt noch ein zweites für Jütland und Fünen, mit dem Hauptquartier Odense auf Fünen, errichtet. Ihm sind die Reserveinfanterie, wie überhaupt die Reserven, das Lazarethwesen, die Montirungskorps, ein Theil des Ordonnaanzkorps, die Ersatzbehörde und ein Parkkompanie Pioniere, untergegeben. Letztere garnisonirt in Fredericia und Alsen. An Pionieren hat außer der erwähnten Parkkompanie die dänische Armee ein Bataillon zu 4 Kompanien. Jede Kompanie zählt 200 Mann; der Train ist, wie schon erwähnt, auffallend stark; er besteht aus 5 Kolonnen, jede Kolonne zu 500 Mann. Jede Kompanie des Ordonnaanzkorps besteht aus 60 Pferden, außerdem ist die holsteinsche Gendarmerie ebenfalls zum Ordonnaanzkorps kommandiert. Das Proviantwesen der dänischen Armee ist mustergültig. Für die Divisionen sind feste Proviantmagazine errichtet, so für die 1. und 3. in Schleswig, für die 2. und 4. (bekanntlich ist die 4. die Kavalleriedivision) in Flensburg. In der großen Ziegelei letzterer Stadt hat man jetzt die Feldbäckerei, 37 Ofen, von denen 24 täglich benutzt werden, eingerichtet; sie liefert täglich 10,000 Brote. Außerdem sind Schlachtereien in Flensburg, Schleswig und Friedrichstadt errichtet. — Einzelnen Gutsbesitzern im dänischen Wohld ist die Lieferung gestundet worden; vielleicht kommen sie beim Einmarsch der Preußen ganz davon los oder haben doch die Genugthuung, wenigstens den Dänen nichts zu liefern, die kein Hehl daraus machen, daß es ihnen nur darum zu thun ist, den Preußen ein ausgefogenes Land zu hinterlassen. Unter den obwaltenden Verhältnissen werden übrigens die in Südschleswig zu den Fahnen nach Kopenhagen Einberufenen der Ordre keine Folge geben. (R. Z.)

Altona, 20. Januar. Wie der „Altonaer Merkur“ berichtet,

### Dr. Maron über die chinesische Revolution.

(Aus seinem Werke: „China und Japan“)

Seit vollen zweihundert Jahren beherrschen die Mandchu-Tataren das chinesische Reich, aber niemals war ihre Herrschaft eine ruhige und gesicherte. Sieger allein durchs Schwert, untergeordnet in Bildung den Beherrschten, wurden sie zwar allmälig selbst ohne ihr Zuthun von der höher stehenden chinesischen Civilisation erobert; sie accomodirten sich, so viel es ihnen als den Mitgliedern einer andern Menschenrace möglich war, den chinesischen Anschauungen, und darum haben sie sich so lange zu halten vermocht; aber ganz Chineyen werden, konnten und wollten sie nicht, darum haben sie voll Unruhe regiert; und weil sie neue Elemente aus der Tatarenwelt mit Hartnäckigkeit in die chinesische verpflanzen wollten, scheinen sie im Begriff den Thron für immer zu verlieren.

Die Mandchu bildeten ein eigenes stehendes Heer, was dem „philosophischen“ Geist der Chineyen zuwider war; und als rohe streitföhige Fremde waren sie ihnen verhaft. Dann brachten die Mandchu einen Adel mit sich, dessen Besitzung gerade für die hervorragendsten Stellen im Staat ihnen als etwas von selbst sich verstehendes erschien, während die Chineyen überzeugt waren, daß der Staat nur dann gedeihen könne, wenn für jede amtliche Stellung der Würdigste und Besitztigste ausgewählt werde, und daß dieser nur durch die allen zugängliche Prüfung ausfindig zu machen sei. Die öffentliche Meinung hörte auf, eine Macht zu sein, und Parteisucht, Räuslichkeit und Heuchelei für die Mandchu-Dynastie traten an ihre Stelle. Zu dem Widerwillen gegen die herrschende Dynastie hat sich ein Begleiter gefüllt, der sich auch in andern Ländern schon oft als ein mächtiger Gefährte politischer Aufstände erwiesen hat — religiöse Agitation. Daß das neue Chineenthum vom Christenthum angehaucht ist, unterliegt keinem Zweifel mehr. Die Rebellen, welche zugleich eine neue Religion verkünden, kennen Christum, und erkennen ihn als den Sohn Gottes. Es ist zwar nur ein Stück des Christenthums; es gibt aber immerhin genug damit gewonnen, daß die allgemeine Menschenliebe als Glaubenssatz aufgenommen ist. Die Rebellen nennen sich unter einander „Brüder“.

Hung-tsun-heuen oder, wie wir ihn der Abkürzung wegen einfach nennen wollen, Hung, ist der Begründer und Chef der gegenwärtigen In-

surrektion, und der von den Rebellen als „Sohn des Himmels“ anerkannte Gegensäfer. Hung ist der dritte und jüngste Sohn eines armen Bauern. Er wurde 1813 in einem kleinen Dorfe oberhalb Canton geboren, und gehörte zu den Kindern, welche schon frühzeitig Vorliebe für Bücher und Lernbegierde zeigten. Bis zu seinem siebten Jahr hielt ihn der Vater auf eigene Kosten in der Schule; dann aber scheinen die Mittel nicht mehr ausgereicht zu haben.

Die Verwandtschaft trat zusammen, um durch vereintes Wirken seine Weiterbildung zu ermöglichen. Hung war es auf diese Weise gestattet, seine Studien bis zum sechzehnten Jahre fortzusetzen, dann war er einige Monate in der Wirtschaft seines Vaters beschäftigt und hüttete in den bergigen Gemeindestriften das Vieh. Auch aus dieser für ihn unpassenden Lage ward er durch den Beistand seiner Tippfahrt erlöst, welche ihn als Schullehrer instalierte. Diese Beschäftigung ließ ihm Zeit, die vorgeschriebenen Studien zu verfolgen und in der Distriktsstadt das erste Examen glücklich zu bestehen. Einige Jahre darauf ging er nach Canton, als der Provinzialhauptstadt, um das zweite Examen zu machen, — ein Versuch, welcher misslang. In den Straßen von Canton hörte er zum erstenmal einen Missionär unter dem Beistand eines chinesischen Dolmetschers predigen, ohne ihm besondere Aufmerksamkeit zu schenken; doch wurden ihm bei dieser Gelegenheit einige Traktate zugestellt — Abhandlungen eines chinesischen Konvertiten, untermischt mit Abschnitten aus dem alten und neuen Testamente. Hung nahm sie mit sich, blätterte oberflächlich und mit chinesischer Eingenommenheit gegen alles Fremde darin umher, und legte sie unbeachtet bei Seite. Einige Jahre später, im Jahre 1837, sahen wir ihn wieder in Canton zur Prüfung erscheinen — mit denselben unglücklichen Erfolg. Es ist schwer zu sagen, ob Unzulänglichkeit des Wissens, ob Schüchternheit oder die Armut daran Schuld waren. Krank an Körper und Geist, ermattet und tiefverstimmt, wird er in einem Tragstuhle nach der Heimath transportirt; er ist selbst der festen Überzeugung, daß der Tod ihm nahe ist. Ein fiebigerhafter, nervenerregter Zustand wirkt ihn für Monate aufs Krankenlager. Seltsame, lebhafte Träume gehen unaufhörlich, ob schlafend, ob wachend, durch seine Seele.

In Träumen sah er und erzählte oft von einem Mann in mittlerem Alter, den er seinen „älteren Bruder“ nannte, der ihn unterrich-

tete, was er zu thun habe, der ihn überall begleite und ihm die bösen Geister bekämpfen half. Dieser ältere Bruder gewinnt später Gestalt und Namen von Christus. Seltsam, daß auch in diese erste Visionperiode schon Kaiserträume fallen. Er erklärte während seiner Krankheit zum österen, daß er der rechtlich bestimmte Kaiser von China sei, und es schien ihn zu beruhigen, wenn man ihm diesen Namen gab. Jedenfalls giebt es Zeugniß davon, wie lebhaft schon damals in den Köpfen der jungen Leute der Gedanke einer Vertreibung der Mandchu-Dynastie Wurzel geschlagen hatte.

Bon seiner Krankheit erstanden, schien Hung ein anderer Mensch an Geist und Körper geworden zu sein. Er war sorgfältig auf seine Haltung bedacht, sein ganzes freundlich, offen, vertrauenswörend, er schien größer und stärker geworden, sein Schritt war fest und imponirend.

Inzwischen war nach dem Jahre 1842 in den Köpfen der Chineyen, zunächst in der Umgebung von Canton, eine Umwandlung des Urtheils über die fremden Barbaren vor sich gegangen. Sie hatten die Mandchu zu einem schmählichen Frieden gezwungen, und die herrschende Dynastie des Glaubens ihrer Unbesiegbarkeit beraubt. In dieser Zeit, wo sich die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Fremden richtete, mag auch Hung, durch diesen ganz äußerlichen Umstand getrieben, sich seiner Traktate erinnert haben, von dem Wunsch getrieben, etwas näher in diese fremde Welt hineinzublicken.

Wie groß war sein Erstaunen, in diesen Büchern so viele Anknüpfungspunkte mit seinen eigenen Visionen zu finden; in wie auffälliger Weise entsprach ihr Inhalt Allem, was er vor sechs Jahren in seinen Träumen gesehen und gehört hatte! Er glaubte nun klar zu verstehen, daß der ehrwürdige alte Mann, der auf dem erhabenen Platze gesessen hatte, und den alle Menschen anbetten sollten, Gott, der himmlische Vater gewesen sei; der Mann von mittlerem Alter, der ihn unterrichtet und ihm geholfen hatte, die bösen Geister zu vernichten, mußte Jesus, der Heiland der Welt sein. Hung fühlte sich wie aus bangem Traum erwacht; es überkam ihn die freudige Überzeugung, in Wirklichkeit einen Weg zum Himmel und die sichere Hoffnung auf ewiges Leben und Glück gefunden zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

wird sich der rechte Flügel des preußischen Occupationskorps (die 6. Division) von Lübeck und Umgegend aus morgen, am 21., in der Richtung nach Plön in Bewegung setzen, wo die Konzentrierung der Division stattfinden wird. Bei diesem Heertheil wird sich der kommandirende General Prinz Friedrich Carl mit seinem Stabe befinden. Der linke Flügel des preußischen Armeekorps (die 13. Division) sieht sich, wie bereits angedeutet, gleichfalls morgen und zwar auf der Altona-Kieler Eisenbahn in Marsch und wird sich vermutlich in dem Dreieck Rendsburg-Kiel-Neu-münster konzentrieren, in welchem gegenwärtig das Gros der sächsischen Armeebrigade lantomirt.

Hamburg, 21. Januar. Der Senat hat in einer am heutigen Tage gehaltenen außerordentlichen Sitzung auf einen wegen des Durchmarsches königl. preußischer Truppen von der Bürgerschaft in gestriger Sitzung gefassten Beschluß wie folgt erwidert:

"In Veranlassung der Erwartung, welche die Bürgerschaft bei ihrer Mitteilung der erfolgten Annahme des dringlichen Senatsantrages vom gestrigen Tage ausgesprochen hat, hält der Senat sich für verpflichtet,

der Bürgerschaft, und zwar im Anschluß an die in den Motiven jenes Antrages bereits enthaltenen Mittheilungen, zu erwidern, daß er die zur

Wahrung des Rechts und der Selbstständigkeit unseres Staates erforderlichen Schritte bereits vorher, und zwar unverzüglich gethan hatte. Zugleich giebt der Senat zur Befolgsichtigkeit des Thatbestandes der Bürgerschaft Kenntnis davon, daß dem diesseitigen Gesandten in Berlin auf erhobene Reklamation von dem königl. preuß. Minister des Auswärtigen am gestrigen Tage die Erklärung gegeben worden, daß die nicht rechtzeitig erfolgte Nachsuchung der Genehmigung zum Durchmarsch königl. preuß. Truppen lediglich auf einem Versehen beruhe, für welches die Entschuldigung mit der ausdrücklichen Versicherung ausgesprochen worden ist, daß der königl. preußischen Regierung nichts ferner liege, als die Hoheitsrechte des Hamburgischen Staates zu verlezen."

In einer allgemeinen Bürgerversammlung am Dienstag war folgende Resolution beschlossen: "Gegen das Vorgehen Oestreichs und Preußens zu protestiren; das Abgeordnetenhaus in Berlin aufzufordern, die Minister in Anklagestand zu versetzen; gegen den Durchmarsch preuß. Truppen beim Senat zu protestiren und diesen aufzufordern, gegen diesen Durchmarsch den Schutz des deutschen Bundes nachzusuchen."

In Hamburg ist eine in ungarischer und deutscher Sprache gedruckte Ansprache an die ungarischen Soldaten verbreitet, in welcher es heißt: "Ungarn! Ihr fühlt gewiß tiefe Theilnahme mit dem Losse derer, die man unter fremdes Joch zwingen, die man ihrer Nationalität beraubten, die man in die eiserne Zwangsjacke eines unnatürlichen Gesamtstaates strecken will." — Unterzeichnet sind: "die Freunde der deutschen Freiheit und Einheit."

Hamburg, 22. Januar, Morgens. [Teleg.] Die gestern mit dem Abendzuge in Altona eingetroffenen Mitglieder der schleswig-holsteinischen Landesdeputation wurden auf dem dortigen Bahnhofe mit Musik und ungeheuren Jubel empfangen. Um Mitternacht begaben sich dieselben von großer Volksmässigkeit begleitet und unter den Klängen des Schleswig-Holstein-Liedes nach Hamburg, wo in Zinggs Hotel eine Verathung stattfinden soll. — Die "Hamburger Nachrichten" melden aus Kiel vom gestrigen Tage, daß nach Abzug des sächsischen Bataillons die Turnerfeuerwehr die Wachen bezogen habe. Am Freitag und Sonnabend werden 4000 Oestreicher erwartet. Oberst Du Plat war aus Gotha eingetroffen.

Hamburg, Freitag, 22. Januar, Abends. Das Thermometer zeigt 5 Grad über Null und es regnet; doch wird das Elbeis noch mit Wagen befahren.

Nach der "Börsenhalle" trifft der Feldmarschall Wrangel morgen früh um 4½ Uhr mittels Extrazuges hier ein.

Kiel, Freitag, 22. Januar. Die dänischen Pikets an der dänischen Kollonie sind beordert, sich bei dem Anmarsch der Preußen zurückzuziehen. — Da Thauwetter eingetreten ist, so denken die Dänen das Paunewerk anss Aenkerste zu vertheidigen.

Kopenhagen, 22. Januar, Morgens. [Teleg.] In der Abreddebate des Folkethings äußerte der Konfesspräsident Bischof Monrad unter Anderem: er müsse den Reichstag bitten, sich jedes Versuches zu enthalten, um die Regierung zu vermögen, ein Haar breit von dem abzuweichen, was sie als das Rechte betrachte.

### Großbritannien und Irland.

London, 21. Jan. [Teleg.] Nach Berichten aus Shanghai vom 8. Dezember hat General Gordon die von den Taipings besetzte Stadt Soo-Cheo (östlich von Nanking) eingenommen. — Der den Konföderirten gehörige Dampfer "Alabama" war in Singapore eingetroffen.

London, 22. Januar, Morgens. [Teleg.] Die "Morning Post" erklärt die gestrige Angabe der "Times" von einem versöhnlichen Anerbieten der dänischen Regierung für inforrekt. Das Kopenhagener Kabinett habe dem englischen nur seine Bereitwilligkeit angedeutet, den Reichsrath behufs Abschaffung der Novemberverfassung einzuberufen, da das Ministerium für sich zu dieser Maßregel nicht kompetent sei; weitere versöhnliche Eröffnungen seien nicht eingetroffen. — Die "Times" meldet heute, daß Dänemark das österreichisch-preußische Ultimatum nicht unbedingt verworfen, sondern nur längere Bedenkzeit verlangt habe.

### Frankreich.

Paris, 20. Januar. Der heutige "Konstitutionnel" enthält einen von Paulin Limahrac unterzeichneten, direkt aus der Kanzlei des Ministeriums des Neuzern hervorgegangenen Artikel, in welchem die neuesten Schritte der preußischen und österreichischen Regierung in der deutsch-dänischen Angelegenheit einer sehr heftigen Kritik unterzogen werden. Der Artikel scheint seine Sympathien den deutschen Mittel- und Kleinstaaten zuwenden zu wollen und ist im Grunde zugleich auch eine Kriegsdrohung, deren Spitze vornehmlich an die Adresse des Kabinetts von Wien gerichtet sein dürfte. Hiermit übrigens stimmt eine Nachricht überein, nach welcher sich Drouyn de Lhuys wiederholt für eine Konferenz ausgesprochen hätte — wohl verstanden, wenn alle Beteiligten damit einverstanden seien. Außerdem hätte der Minister des Auswärtigen einem gestern hier eingetroffenen dänischen Spezialabgeordneten den Rath gegeben, "Dänemark möge vorläufig den deutschen Theil Schleswigs räumen."

Ein bemerkenswerther Prozeß fand dieser Tage vor dem Kriegsgerichte von Lyon seine Erledigung. Ein französischer Soldat Eng, der seit der Belagerung von Sebastopol verschwunden war, kam nach langer Zeit wieder zum Vorschein, und durch eine Verkettung der seltsamsten Verhältnisse ward derselbe dringend verdächtig, in Kriegszeiten

zu dem Feinde übergegangen zu sein und den Russen wichtige Aufschlüsse über die Stellung und die mutmaßlichen Pläne der Alliierten gemacht zu haben. Namentlich soll seine Verrätherei schuld an dem verunglückten ersten Sturme auf Malakow gewesen sein. Er wurde am 15. d. Mts. zum Tode verurtheilt. Er ist nicht um Revision seines Prozesses, aber um Begnadigung beim Kaiser eingekommen.

### Italien.

Aus Rom, 18. Jan., wird telegraphirt: "Heute empfing der Papst eine Deputation von 300 Katholiken aller Länder, die ihm eine Adresse überreichten, in der sie ihm ihre Treue und Ergebenheit an den heiligen Stuhl versichern und gegen die kirchenräuberischen Intrusionen protestieren. Pius IX. erklärte in seiner Antwort, er wolle seinen Nachfolgern das Erbe der Kirche ungeschmälert hinterlassen, er werde folglich weder ein Uebereinkommen noch einen Vertrag annehmen, die diesem Ziele zuwider liefern, und er hege Vertrauen nicht in die Gewalt der Waffen, sondern in die Vorsehung, die Beschützerin der Gerechtigkeit."

### Spanien.

Madrid, 20. Januar. Die amtliche Zeitung veröffentlicht die vom Minister des Innern den Provincialgouverneuren ertheilten Instructionen. Er empfiehlt ihnen Achtung vor der konstitutionellen Meinung, Moralität in der Verwaltung und Wachsamkeit zur Verhinderung von Attentaten auf die öffentliche Ordnung.

Der Dampfer "España" ist am 19. d. Mts. in Cadiz mit Nachrichten aus San Domingo vom 5. Jan. angekommen. Die Insurgenten waren in Puerto Plata, in Jacbita, in Lamasa und Yera von den Generalen Santana, Vargas, Hungrice und Gandara geschlagen worden. Der Dampfer "León" hat ohne Schwierigkeit einen englischen Schooner genommen, welcher Munition für die Insurgenten an Bord hatte.

### Rußland und Polen.

Aus Russland, 18. Januar. Wie es bereits früher einmal vorgekommen, daß unter den aus Polen nach Russland transportirten Gefangenen Streitigkeiten ausgebrochen, die durch die Bedeckung geschlichtet werden mußten, so kam es vor einigen Tagen abermals, zwischen Odinsburg und Psow in einem Wagon zu Thätilichkeiten. Diesmal gehört die Bantenden aber nicht, wie damals, verschiedenen Nationalitäten an, sondern es waren nur Polen, die sich darüber veruneinigten, daß einige derselben behaupteten, es sei auf ein Resultat der jetzigen Vorgänge in Deutschland zu Gunsten Polens nicht zu hoffen, die anderen dagegen die Meinung aufrecht zu erhalten suchten, es geschehe Alles, was sich im Augenblick in Europa Abnormes ereigne, lediglich im Interesse der Polen, und die Angelegenheiten des Aufstandes hätten noch nie so vortheilhaft für Polen gestanden, wie gegenwärtig. — Wenn auch der Vorfall eines Streites zwischen den Gefangenen keiner Ernährung werth sein dürfte, so ist doch jedenfalls der Gegenstand des Streites um so be mereinswerther, als er kennzeichnet, wie die Ruhigdenkenden bereits alle Hoffnung auf irgend einen günstigen Ausgang des Aufstandes aufgegeben haben, die Exaltirten dagegen noch fortwährend bemüht sind, durch allerlei Erfundungen die Partei in Spannung zu erhalten. — Seit dem 1. Januar — alten Styls — bereift eine Kommission die Küsten der Ostsee, um die neuausgeführten Befestigungen zu inspiciren und die Haltbarkeit der älteren Besten zu prüfen. An mehreren Stellen wurde das Mauerwerk durch Beschließen geprüft und dessen Festigkeit durchweg entsprechend gefunden.

\* — Dem "Oz. Poz." wird aus Podlachien berichtet, daß die Abtheilungen von Broblewski und Poninski, nachdem sie sich in Litthau uen mit Lebensmitteln versehen haben, durch einige Litthauer verstärkt, ins Königreich zurückgekehrt seien. Eitminowicz und Leniowski, welche in Uscinow lagerten, wurden am 6. d. M. von den Russen angegriffen, vertheidigten sich zwar, Eitminowicz selbst aber blieb im Gefechte. Bei Zamosc sollen die Polen am 16. d. M. eine glückliche Affaire gehabt haben.

### Amerika.

New York, 9. Januar. Die Konföderirten in Nord-Virginien haben sich, nach Vertreibung der Unions-Truppen aus Burlington, aus der Umgegend von Winchester und Petersburg zurückgezogen. — Am 3. Januar ergaben sich zu Jonesville in Virginien 300 Soldaten des Nordens dem General Samuel Jones, und am 1. Januar nahmen die Konföderirten zu Nutur-town im Shenandoah-Thale 57 Kavalleristen, die einem 75 Mann starken Detachement angehörten, gefangen. — Eine starke Abtheilung Unions-Kavallerie bewacht die Baltimore-Ohio-Eisenbahn gegen einen Streifzug der Konföderirten, den man befürchtet.

General Butler, der während zweier Tage Berathungen mit den Behörden in Washington geflossen hatte, ist am 6. wieder in sein Department zurückgekehrt. Er ist mit der Vollmacht bekleidet, mit der Südb. Regierung wegen des Austausches von Gefangenen zu unterhandeln. — Eine aus Kriegsschiffen und Landtruppen bestehende Expedition ist von New-Orleans, wie man vermutet, nach Mobile abgegangen. — Der General Johnson hat seine Linien 35 englische Meilen von Chattanooga formirt, um sein Heer zu reorganisiren. — Die Million Freiwilliger, von deren Einberufung auf drei Monate die Rede ist, soll unter Befehl des Generals Grant gestellt werden. — Das Repräsentanten-Haus zu Washington hat am 6. Januar auf den Vorschlag Lincoln's eine Resolution angenommen, durch welche die am vorigen Tage abgelaufene Frist, während welcher die eintretenden Freiwilligen Handgeld erhielten, bis zum 1. Februar verlängert wird. — Der dem hiesigen Obergerichte angehörige Richter Barbour hat entschieden, daß keine Entschädigungs-Forderungen mehr aus Anlaß des im vorigen Juli in Newyork stattgehabten Pöbelkrawalls zu zahlen seien, da kein Beweis vorliege, daß der Gemeinderath und die übrigen Gemeindebehörden jenen Schreckensszenen Vorshub geleistet hätten. — Der Gouverneur von Maryland hat sich in seiner an das Parlament jenes Staates gerichteten Botschaft für sofortige Schritte zur allmäßigen Sklaven-Emancipation ausgesprochen, da die natürlichen Hülfsmittel des Landes durch die Sklavenarbeit keine gedeihliche Entwicklung finden könnten.

### Vom Landtage.

#### Herrenhaus.

Berlin, 21. Januar. [Neunte Sitzung.] Präsident Graf zu Stolberg eröffnet die Sitzung gegen 12½ Uhr. Am Ministerial: Graf zur Lippe, Graf Isenpitz und Regierungskommissarien. Der Handelsminister hat um möglichste Beschleunigung der Berathung der in das andere Haus eingebrachten Eisenbahnen verlangt, wenn diese ementuell in das Herrenhaus gelangen, gebeten. Es wird die Wahl einer besondren Kommission gleich nach Schluss der Sitzung beliebt. — Vor der Tagesordnung ergreift Dr. v. Kleist-Neyon nochmals das Wort, um dem Hause mitzuteilen, daß er sehr viele Befürchtungen, namentlich auch von angeführten Dingen, erhalte, welche warme Sympathien für Schleswig-Holstein aussprechen. Er

wolle bei dieser Gelegenheit bemerken, daß er kein Gegner Schleswig-Holsteins sei. — Dr. Hasselbach erklärt es für unzulässig, daß Dr. v. Kleist hier wiederholt seine Ansichten über Schleswig-Holstein ganz geschäftsordnungswidrig vorzutragen sich gemäßigt sehe. — Auf der Tagesordnung stehen eine Reihe von Gelegenheitswürten von meist lokaler Bedeutung: wegen Aufhebung der lex Anastasiana in den Bezirken des gemeinen Rechts, Verbeirrfung des Hypothekenwesens im Bezirk Ehrenbreitstein, Einführung der Konkursordnung und des sog. Aufhebungsgesetzes ebendofelbst. Diese Entwürfe werden unverändert nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen.

Es folgt die Berathung über die provisorisch erlassene Verordnung vom 23. Juni 1863 wegen Verbüttung des Busammenstoßes der Schiffe auf See. Das Abgeordnetenhaus hat dieser Verordnung zwar die Genehmigung erteilt, den Art. III. derselben aber, wonach die Regierung befugt sein soll, dieses Gesetz je nach Bedürfnis abzuändern, gestrichen. Die Majorität der Herrenhauskommission hat die Wiederherstellung dieses Art. III., sowie eine kleine redaktionelle Änderung befürwortet, Dr. v. Bande aber durch ein Amendment, das die ausreichende Unterstützung erhält, beantragt, die Verordnung in der vom Abgeordnetenhaus beliebten Form anzunehmen. — Berichterstatter Dr. Tellfamys, Dr. v. Bande und Graf Kitterberg befürworten dasselbe; ersterer erklärt, er habe schon in der Kommission gegen die Wiederherstellung gestimmt; Art. III. widerspreche einem der wichtigsten Grundätze der Verfassung, der Befreiung der drei Haftoren an der Gesetzgebung; man dürfe nicht die Gesetzgebung gewalt Andern delegieren; auch dürfe man den Artikel nicht wiederherstellen, wenn das Gesetz noch in dieser Session zu Stande kommen solle. Auch der Justizminister stimmt aus dem leitest Grunde dem Amendment zu. Dasselbe wird darauf angenommen. — Die Staatsüberschreitungen der Jahre 1859 und 1861 werden hierauf ohne Debatte genehmigt; der Gelegenheitswurf, betreffend die Abänderung des östpreußischen Landrechts (kleine Sealende) nach den Beschlüssen des anderen Hauses, angenommen, ebenso wie auch der Gelegenheitswurf, betreffend die Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaft auf Seeschiffen. Aus dem Bericht der Matrifolkommission ist hervorzuheben, daß das Herrenhaus gegenwärtig aus 275 Mitgliedern besteht, von denen zehn bis jetzt nicht in das Haus eingetreten sind, und zwar fünf erblich berechtigte Mitglieder des hohen Adels, zwei Vertreter der Städte, Trier und Nordhausen, und drei aus Alerh. Vertrauten berufenen. Dr. v. Bernuth macht darauf aufmerksam, daß sechs Städte, darunter die größten, Berlin, Breslau, Köln und Danzig zum Theil schon seit langer Zeit in diesem Hause vertreten seien. Ohne Anträge zu stellen, habe er dies zur Sprache bringen wollen, damit das Haus sich in dem Wunsche vereinige, die Vertretung dieser Städte herbeizuführen. Schließlich werden noch einige Anträge, Abänderungen der Geschäftsordnung betreffend, erledigt, welche von keinem allgemeinen Interesse sind. — Schluss der Sitzung: 2½ Uhr.

Das Herrenhaus hält morgen (Samstag) um 10 Uhr Sitzung; auf der Tagesordnung steht das Budget; man will daraus auf ein beispielloses Ende der Session schließen, etwa zu Montag oder Dienstag; doch ist bestimmtes nicht bekannt, selbst in konservativen Kreisen des Abgeordnetenhauses war man heute über die desfallsigen Absichten der Regierung noch nicht unterrichtet.

### Haus der Abgeordneten.

Berlin, 22. Januar. [30. Sitzung.] Die Tribünen sind ziemlich belegt, die Diplomatenloge nur spärlich. Am Ministerial: Dr. Bismarck, Dr. Bodelschwingh und Dr. Selchow.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. Es sind wiederum Zustimmungsadressen in Betreff der schleswig-holsteinischen Sache an das Haus eingegangen und auf dem Bureau zur Einsicht ausgelegt. Vom Präsidium des Herrenhauses ist die Mittheilung gemacht worden, daß das Herrenhaus verschiedene vom Abgeordnetenhaus ihm zugegangene Gelegenheitswürfe (vgl. den gestrigen Sitzungsbericht des Herrenhauses) genehmigt habe, daß es indeß den Beschlüssen des andern Hauses hinsichtlich der Staatsüberschreitungen in den Jahren 1859 und 1860 in zwei Punkten nicht beigetreten sei. Der Präsident bemerkt dazu: Ich habe der Budgetkommission und dem Hause nur Kenntnis hiervon zu geben und zu konstatiren, daß ein Konsens beider Häuser nicht erzielt worden ist. Das Weiter ist Sach der Regierung, welche beide Beschlüsse mitgetheilt findet. Meinerseits einen neuen Beschuß zu veranlassen, halte ich für überflüssig, weil ich glaube, daß dieses Haus von seiner in dem früheren Beschuß niedergelegten Ansicht nicht abweichen wird. (Zustimmung) — Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Prüfung der Wahl des Abg. Dr. Heydt, welche auf Antrag der 4. Abteilung für gültig erklärt wird. Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Fortsetzung der gestrigen Debatte. Das Wort erhält zunächst als Antragsteller.

Abg. Schulze (Berlin): Nach dem gestrigen Beschuß des Hauses soll die Diskussion über beide vorliegende Gegenstände verbunden werden, weil ein Buum über die Politik der Regierung die Entscheidung über die Anleiheforderung in sich schließt. Allerdings hat das Haus schon im vorigen Monate durch eine Resolution seine Ansicht über die Regierungspolitik ausgesprochen; die Staatsregierung hat sich nicht daran gelehrt und die nothwendige Konsequenz ist jetzt die Verweigerung der von ihr geforderten Mittel. Seitdem ist es aber zu einem Bruche mit den deutschen Staaten gekommen, und es genügt eine einfache Verwerfung der Anleihe nicht mehr, es tritt vielmehr an das Haus die Blicke heran, sich über seine Stellung zu dieser Sache ein für allemal klar auszusprechen. Wir haben bei der Eile, mit welcher die Resolution eingebracht werden mußte, keinen Werth auf die ursprüngliche Redaktion gelegt, doch treten wir, die Antragsteller, dem Amendement Grotto, welches Alinea 3 wiederherstellen will, bei. Was bedeuten die vor uns ausgesprochenen Erklärungen des Ministerpräsidenten, durch welche die von uns betonte Tragweite der preußischen Politik durchaus nicht zurückgewiesen wird? Welches ist das Endziel dieser Politik in den Herzogthümern? Wir wissen aus Wien, daß ein Vertrag zwischen den österreichischen und preußischen Regierung abgeschlossen ist; möge es der Staatsregierung gefallen, uns darüber Mittheilungen zu machen, weil dereliebe dem Lande schwere Verpflichtungen aufzulegen scheint, welche der Zustimmung dieses Hauses bedürfen. Einen Punkt nur will ich noch erwähnen, welcher den eigentlichen Streitpunkt berührt. Man bestreitet dem Bunde das Occupationrecht, welches nur auf Grund des Londoner Protokolls ausgeübt werden könnte. Aber das Protokoll selbst erklärt ausdrücklich, es solle die Beziehung der Herzogthümer zum Bunde durch dasselbe nicht alterirt werden, und wenn nun, laut der Bundesakte, der Bunde die Unverletzbarkeit der zu ihm gehörigen Staaten zu wahren hat, so ist damit doch gewiß nicht die bloße Territorialgrenze, sondern zugleich der Rechtsstand, welcher die Erbschaftsfrage in sich schließt, gemeint, der, wie alle Parteien anerkennen, für Schleswig und Holstein dereliebe sein soll. Beide Herzogthümer sollen alle Rechtsverhältnisse gemein haben, lautet die noch jüngst mitgetheilte Erklärung eines namhaften dänischen Staatsmanns. Demnach steht auch das Londoner Protokoll dem deutschen Bundesrecht nicht entgegen, und es ist Bundesfach, den Staatsverband der Herzogthümer unter einander aufrecht zu erhalten. Preußen und Oestreich gehören mit ihrer Macht ebenfalls zum Bunde, verleugnen aber gegenwärtig das deutsche Interesse. Nun, ich will mich mit den Herren auch über das spezifisch preußische Interesse austauschen. Preußen muß sich auf Deutschland lehnen, wenn es sein wahres Interesse fördern will, es darf nicht Sonderbundesgenossenschaften suchen. Jetzt ruft es neben der Antipathie des deutschen Volkes noch die der deutschen Regierungen nach, und diesen Antipathien gibt man einen nationalen Stützpunkt. Dadurch arbeitet man unserer Nationalfeinde, Oestreich, in die Hände, diesem Oestreich, welches uns unter ähnlichen Umständen schon einmal eine Niederlage bereitet hat, die Alle, vom Träger der Krone herab bis zum letzten Mann im Volke, schmerzlich empfunden haben. Und unter Wiederholung der damaligen Vorgänge geht man darauf aus, das Vertrauen der Nation zu erschüttern! Ist das eine wahre Grokmachtspolitik? Meine Herren, als ein für das alte Rom demütigender Vertrag, die Folge der Niederlage in den Caudinischen Pässen, abgeschlossen worden war, da lieferte Rom Diejenigen, welche den Vertrag geschlossen hatten, an den Feind aus, um nicht fern von denselben gebunden zu sein! Wie nun aber eine Macht noch Krieg führen kann, um ein ähnliches Abkommen aufrecht zu erhalten, nachdem es der Gegner gebrochen hat (hört!), das ist mir unbegreiflich, das kann man nicht für eine eines großen Volkes würdig Politik halten. (Lebhafte Beifall.)

Es ist uns vorgenommen worden, daß wir die Regierung zur Aktion ged

neuen Zeit gerecht, und Sie werden dadurch am besten die Revolution bekämpfen. (Bravo.) Der Abg. v. Blankenburg hat uns gedroht, das Volk werde unserem ablehnenden Votum ein Desavoue geben. Das ist doch nur so zu verstehen, das Volk werde das von uns abgelehnte Geld aus seiner Tasche geben. Gut. Wir nehmen diese Appellation an; aber rufen Sie doch nur Ihre Partei zuerst auf, die schon seit langer Zeit im Rückstande ist (Heiterkeit, Zustimmung), während unsere Partei die Appellation bereits angenommen hat; das Volk betrügt sich reicher als man glaubt an der Unterstützung der nationalen Sache. Die Frage, wie unsere Partei zum Volke stehe, beantworte ich dahin, daß wir bestrebt sind, die politische Aufklärung in alle Kreise des Volkes zu tragen, weil wir die Lösung der großen Aufgabe der Zeit nur von bewussten Männern erwarten. (Lebhafte Bravo.) Sehr bezeichnend ist die Drohung, mit der der Abg. v. Blankenburg geschlossen hat, wenn die Krone die Wahrheit der jüngsten Politik verlassen sollte; sie beweist wiederum, daß das Prunk mit der Königstreue von jener Partei die allergrößte politische Heuchelei ist, nur dazu angehängt, die selbstsüchtigsten Sonderinteressen zu verschleiern. Denn Sie wollen dem Könige nur so lange dienen, als er Ihre Wege wandelt. (Lebhafte Beifall.)

Ministerpräsident v. Bismarck: Meine Herren! Der Hr. Vorredner hat den Londoner Vertrag eine neue Bedeutung gegeben; er hat aus diesem Instrument selbst in letzter Instanz das Erbrecht des Augustenburger Hauses hergeleitet. Der Vorredner hält dies darauf, daß der Vertrag die Rechte des Bundes, soweit sie auf Verträgen beruhen, aufrecht erhält. Keinesfalls kann aber damit der Londoner Vertrag gemeint sein. In seinem Hauptartikel, dem Artikel 2, steht dieser das Erbrecht Christian IX. auf die gesammten, dem dänischen Scepter unterworfenen Länder fest, und man hätte keinen Grund gehabt, zu beschließen, wenn man einen Paragraphen durch den andern wieder aufheben wollte. Der Vorredner hat uns vorgeworfen und das Ministerium mit den Äußerungen anderer Redner identifiziert — wir wollten von Deutschland nichts wissen. Meine Herren! Deutlich, es muß ein bedeuternder Zauber in diesem Worte liegen (Sehr wahr!), denn ich sehe, daß jeder das Wort für sich zu gewinnen und von seinem Parteistandpunkte daraus Vorteil zu ziehen sucht. Wir haben Seiten gehabt, wo es deutlich war, sich gegen den Bund aufzulehnen und wo es Zeit war, sich dem Bunde gegenüber fortwährend zu bewegen. Sie haben uns vorgeworfen, daß wir Deutschland ignorirten zur Förderung von Privatinteressen. Ich kann Ihnen denselben Vorwurf zurückgeben; Sie wollen Preußen nicht, weil es Ihnen nicht paßt, Sie wollen Preußen als eine Domäne des Nationalvereins betrachten, weil es Ihren Interessen paßt. (Widerspruch, Bravo rechts.) Der Vorredner hat einen ganz neuen Satz aufgestellt: er hat gesagt, daß die kleinen Staaten zur Erhaltung ihrer Selbstständigkeit sich an Preußen anlehnen. Die Geschichte der letzten 15 Jahre lehrt gerade das Gegenteil; die kleinen Staaten haben sich seit dem Vertrage von Bregenz an Ostreich angelehnt, da sie ihre Selbstständigkeit mehr durch Preußen, als durch Ostreich gefährdet gesehen haben. Gegen diese, durch die natürliche Besorgniß der Kleinstaaten für ihre Souveränität hergebrachte Koalition haben wir lange am Bunde zu kämpfen gehabt und ich selbst habe an diesen Kämpfen Theil genommen. Ein neuer schleswig-holsteinischer Staat, wie sie ihn sich denken, würde auf unsere Unterstützung sehr angewiesen sein, denn man würde ein Land haben, welches sich zu Dänemark in derselben Stellung befinden würde, in welcher sich ein wiederhergestelltes Polen zu Preußen befinden würde. Es ist unser Aufgabe, mit den skandinavischen Staaten in friedlichem Verhältniß zu leben; wie diese Aufgabe zu erreichen sei, ob sie überhaupt zu erreichen sei, das hängt nicht von uns ab.

Die Rede des Herrn Antragstellers und die Folgerungen, die er aus der Lage der Sache gezogen hat, nötigen mich in die Diskussion weiter zurückzugehen, als es meine Absicht war. Wir können mit Sicherheit annehmen, — weil wir den Redner als Repräsentanten der Majorität betrachten — daß Sie die Auleihe ablehnen und daß ich mich in dem Vertrauen, welches ich auf Sie gesetzt habe, täuschte. Das Hauptmotiv, weshalb Sie die Auleihe ablehnen, ist der Mangel an Vertrauen zu dem gegenwärtigen Ministerium. Ich habe mich deshalb gefragt: was müßten wir, die preußischen Minister Ihnen, um Ihr Vertrauen zu erwerben? Wir müßten uns von der preußischen Verfassung (ob! ob!), von der preußischen Geschichte, von dem preußischen Volksgefühl vollständig lossagen, indem wir die Hand dazu bieten, die Alleinherrschaft dieses Hauses in Preußen herzustellen, und der fortwährenden Auseinandersetzung der Krone gegen dieses Haus durch Verweigerung der Contrasignatur ein Biel segen. Sie haben dies in dem Bericht deutlich ausgesprochen und eine frühere Auseinandersetzung von mir, daß es sich um einen Kampf handle zwischen dem Hause Hohenzollern und dem Hause der Abgeordneten, hat sich bestätigt. — Mit Worten, mit denen die Redner gegen uns kämpfen, ist eine ruhige, anständige Diskussion nicht zu führen, denn Sie werden zugeben, daß das, was für den einzelnen Abgeordneten zulässig ist, für mich auf dieser Stelle nicht passend ist. Der Ministerpräsident geht hierauf einzelne Stellen des Commissions-Berichtes durch und sagt im Verfolg dessen: Auf Seite 7 machen Sie das Recht der Krone über Krieg und Frieden von Ihrem Votum abhängig; Seite 8 sprechen Sie den Entscheid aus, die Regierung zur Aktion zu veranlassen. Das überschreitet ihre verfassungsmäßigen Besitzungen. Wenn irgend etwas die Verfassung aus den Händen der Krone winden kann, so ist es dieses Wort. Man getraut sich nicht mehr zu sagen: Ich handle im preußischen Interesse und ich handle als Preuße; ein offenes Bekenntnis zu preußischen Interessen und preußischer Nationalität ist auf ihrer Seite nicht möglich, und wohlverstandenes Interesse ist natürlich nur solches, wie Sie es verstehen. Auf Seite 15 sagen Sie, daß der König auf Ihr Geheis einen Eroberungskrieg führen soll, um Schleswig für den Herzog von Augustenburg zu gewinnen. Wenn man Ihr Vertrauen gewinnen soll, so muß man sich Ihnen hingeben; was wären denn die Minister künftig anderes, als parlamentarische Minister? Dazu wird es, so Gott will, nicht kommen. (Widerspruch und Lachen rechts.) Der König müßte nach Ihrer Auffassung von unserer Verfassung eine Persönlichkeit sein, die weniger Einfluss auf die Geschichte Preußens hat, als jeder einflußreiche Fraktionsführer, mit dem man capitulieren muß, um die Majorität zu bekommen. Meine Herren, und trotz allem sind die Bestimmungen in der Verfassung vollständig klar. Der Vorredner hat die Vermittlung zwischen seinem Standpunkt und dem meinen dadurch für möglich gehalten, daß eine indirekte Nötigung stattfinde; er hat das ganze System, wie es der Commissions-Bericht entwickelt, als eine solche indirekte Nötigung betrachtet. Er kommt also zu dem logischen Schluß, daß meine Auseinandersetzung, die Regierung müsse das Geld nehmen, wie sie es finde, auch in den Begriff der indirekten Nötigung falle. Ich habe vorher gesagt, das widerspricht nicht blos der Verfassung, auch den Traditionen der Geschichte und dem Volksgeiste. Dieser ist durch und durch monarchisch und wird, trotz der Aufklärung, die ich nur Verwirrung nennen kann, es bleiben. Sie desavouieren sicherlye glorreiche Vergangenheit, indem Sie unsere Stellung bekämpfen, und dasselbe thun Sie, indem Sie Preußen unter eine Bundesmajorität mediatifizieren. Sie stellen den Parteistandpunkt über die Interessen des Landes, Sie fühlen nicht, und Ihre Resolution beweist dies, für das preußische Volk. Darum wollen Sie auch gern gewisse Vorauslegungen über das wahrscheinliche Verhältniß der preußischen Armee aussprechen; das zeigt eben, wie fern Sie dem Volke stehen (Heiterkeit). Fühlte das preußische Volk so, wie Sie fühlen, so müßte ich sagen, der preußische Staat hat sich überlebt. Aber so weit sind wir noch nicht. Ich erinnere Sie daran, daß Friedrich Wilhelm der Erste es ausgesprochen, daß er vor Allem die Macht der Jünger brechen werde, und daß er an deren Stelle die Souveränität als einen rochen de bronze substituieren werde. Dieser roche de bronze, meine Herren, besteht noch, und er bildet die Basis, auf der Preußens Großmachtstellung beruht; und diese werden Sie nicht erschüttern durch Ihre Resolution, durch Ihr Votum, durch Ihren Nationalverein (Bravo rechts, Bischen links).

Die gestern geschlossene Generaldiskussion wird nach dieser Rede des Ministers wieder eröffnet.

Abg. Graf Schwerin: Ich will nur Einiges auf die Bemerkungen des Herrn Ministerpräsidenten, die gewiß nicht im Interesse der von ihm vertretenen Sache gesprochen sind, erwiedern. Zunächst entgegne ich ihm als Preuße und im Bewußtsein des Preußenthums — ich glaube, daß ich mich immer als ein guter Preuße gezeigt habe — in Ueberzeugung mit vielen königlichen Alten, daß Preußens Interessen niemals solidarisch mit den deutschen Interessen (Allseitiges Bravo!) Daraus unterscheidet sich eben Preußen von den übrigen deutschen Staaten und von Ostreich, daß seine eigenen Interessen stets zusammenfallen mit den Interessen des ganzen Deutschlands (Lebhafte Beifall). In einer Beziehung trete ich dem Ministerpräsidenten bei, daß der preußische Volksgeist tief durchdrungen ist von dem monarchischen Prinzip (Allseitige Zustimmung); darauf ruht aber auch meine Hoffnung auf des Vaterlandes Zukunft und daß es vom Abgrunde gerettet werden kann, wenn die Regierung sich innerhalb der verfassungsmäßigen Schranken hält und das beobachtet, was Pflicht und Gewissen uns sowohl als der Regierung vorschreiben. Nur durch Festhalten an dem verfassungsmäßigen Wege ist der

werden. (Sehr richtig.) Es ist gesagt worden, die Regierung müsse im Bunde mit Russland und Ostreich die Revolution bekämpfen. Aber diese Regierungen werden mit ihren inneren Krisen selbst genug zu thun haben, um uns irgend welchen Beifall zu leisten. Ich will Ihnen sagen, welches der dauernde Quell der Revolutionen ist: das ist der Geist der heiligen Allianz, der den berechtigten Forderungen der Völker, dem Geiste der Zeit nicht Rechnung tragen will, der das alte dynastische Prinzip hegt und pflegt, wonach den Herrschern die unbedingte Verfügung über Land und Leute zusteht soll. (Lebhafte Bravo!) Werden Sie den Grundsätzen, den Forderungen der Konföderation zu lösen (Beifall). Der Ministerpräsident hat ferner beweislos den Satz aufgestellt, daß die Majorität des Abgeordnetenhauses die Parteienteressen über die Interessen des Landes stellt, die Interessen des Landes verlangen aber, daß die Regierung eine andere innere und äußere Politik befolge (Lebhafte Beifall). Ich will nun in Kürze meinen Standpunkt zur Sache darlegen, was ich für um so mehr geboten halte, je kleiner die Zahl meiner politischen Freunde hier im Hause ist. Nur nach schweren inneren Kämpfen und mit großer Mühe bin ich zu dem Standpunkt gelangt, daß ich mich entschlossen habe, mit der Majorität die Auleihe abzulehnen. (Bravo!) Es ist nichts Kleines für mich, ein solches Votum abzugeben, und wenn unsere Truppen bereits auf dem Marsch sind, die Mittel zu versagen, welche die Armeen halten und stützen sollen. Wenn aber der Ministerpräsident auf der einen Seite die Pflicht der verantwortlichen Nähe der Krone betont, die auswärtige Politik nach dem Willen derselben zu leiten, so lange sie selbst damit einverstanden ist, so ist es auf der andern Seite das unweichhafteste Recht und die ebenso unzweifelhafteste Pflicht der Landesvertretung, wenn von ihnen die Bevollmächtigung der Mittel zur Durchführung dieser Politik verlangt wird, gewisshaft zu prüfen, ob die Personen der verantwortlichen Träger dieser Politik oder ein klares Programm die erforderliche Garantie bieten, daß diese Mittel wirklich im Interesse des Landes verwendet werden. (Lebhafte Bravo von allen Seiten.) Beides finde ich bei dem gegenwärtigen Ministerium nicht in ausreichendem Maße. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe bereits bei früherer Gelegenheit mich für Loslösung vom Londoner Protokoll und für die Anerkennung des Herzogs Friedrich ausgesprochen, weil ich eine Lösung in diesem Sinne im Interesse und mit der Ehre Preußens am meisten in Einklang erachte, und bin durch die seitherigen Erörterungen von beiden Seiten in diefer meiner Meinung nach bestärkt worden. Ich halte sie für die lehrhaftesten und für diejenige, die am meisten die Bedingungen des Gelungen für sich hat (Beifall). Der Redner wendet sich sodann gegen die vom Ministerpräsidenten in Aussicht gestellte Personalunion der Herzogthümer mit Dänemark, da sie seiner Ansicht nach niemanden zufrieden stellen könnte. Er sucht ferner die Unhaltbarkeit des Londoner Protokolls nachzuweisen und betont das klare Erbrecht des Herzogs Friedrich.

Er habe mir für den Gegensatz Preußen und Ostreich geschwärmt und daher auch nie einem Bundesstaate, der auf Ostreichs Ausrichtung ausgingen wäre, zugestimmt, sich vielmehr über Ostreichs Weiterentwicklung gefreut. — In der schleswig-holsteinischen Frage, fährt Redner fort, habe ich indeß das Zusammengehen Ostreichs und Preußens für verderblich, ohne daß mir deshalb Nationalvereinstendenzen untergelegt zu werden brauchen. Das hierbei die Interessen Ostreichs und Preußens auseinandergehen, liegt auf der Hand. Der Ministerpräsident kennt allerdings keine deutschen, sondern nur österreichische, preußische, bairische Interessen; aber wenn er von den deutschen Interessen nichts wissen will, auch das preußische Interesse müßte ihm gebieten, nicht die gegenwärtige Politik zu verfolgen, sondern sich an Deutschland anzulehnen. Der Ministerpräsident hat aber ferner den sehr gefährlichen Satz ausgesprochen, daß nur das Recht sei, was durch die Mehrheit der europäischen Bayonnette aufrecht erhalten werde. Ein solcher Satz hat nur Geltung in Preußen gehabt, in unserem Lande gilt vielmehr immer der Grundsatz: justitia fundamentum regnum. (Lebhafte Beifall.) Das Recht ist eine fiktive Macht, das zwar zeitweilig durch europäische Bayonnetten niedergeschlagen werden kann, aber immer wieder aufsteht und dem schließlich immer die Völker mit tapferem Mutthe gegenüber den Bayonetten zum Siege verhelfen. Das wahre Motiv der Regierungspolitik scheint mir Furcht vor der Demokratie und dem Auslande zu sein. Nur glaube ich, daß dadurch den Bevölkerungen vor dem Eindringen der Demokratie wenig Abbruch geschieht, daß man den gerechten Forderungen des Volkes in keiner Weise Rechnung trägt. (Lebhafte Beifall.) In die Hand der preußischen Regierung war es gegeben, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und dadurch viel gut zu machen, was in der letzten Zeit verloren gegangen, sowohl an Sympathien des Volkes in den übrigen deutschen Staaten, als in unserem eigenen Lande (Lebhafte Beifall) und ich habe von Anfang an lebhaft bedauert, daß das Ministerium diese Gelegenheit verläßt hat. (Bravo!) Wenn der Ministerpräsident seine Politik mit den Besorgnissen vor möglichen Verwicklungen mit dem Auslande rechtfertigen will, so meine ich, daß der von ihm eingeschlagene Weg die Gefahr dieser Verwicklungen nicht vermindert. Preußen hat indes schon größere Aufgaben gelöst, und wenn es im Bewußtsein seines guten Rechts zur Erfüllung seiner Aufgabe vorgegangen wäre, hätte es sich schließlich auch vor den europäischen Bayonetten nicht zu scheuen brauchen. (Bravo!) Neuerdings hemmen sich die offiziösen Beiträge — nachdem die englischen Drohungen nichts mehr verhindern — mit einer gewissen Vertheidigung darauf hinzuweisen, daß Russland mit seinen Ansprüchen hervorzutreten drohe, wenn die Anerkennung des Herzogs Friedrich erfolgte. (Heiterkeit, Zustimmung.) — Der Redner sucht nunmehr die Hinfälligkeit der russischen Erbansprüche gegenüber dem klaren Erbrecht des Herzogs Friedrich darzuthun, und daß das Interesse Preußens mehr als jedes anderen Staates es geboten hätte, diesen russischen Erbanprüchen entgegenzutreten. Ferner deduziert Redner, daß das Haus allerdings verpflichtet sei, die Bundesmatrikelbeiträge zu bewilligen, daß aber zur Deckung derselben keine Auleihe nötig sei, sondern die vorhandenen Baarbestände, resp. der Staatschatz ausreiche, um so mehr, da es sich nach der Erklärung des Ministerpräsidenten um Vorschüsse handle, die von Dänemark wiedererstattet werden sollen. Er verleiht ein Antendenten in diesem Sinne, welches auf motivierte Ablehnung der Auleihe gehe, dessen Stellung er aber unterlassen habe. Der Ministerpräsident, fährt Redner fort, wird mir nicht zumuthen, daß ich die Interessen des Vaterlandes den Parteienteressen unterordne. Ich bin überzeugt, daß nur, wenn im Innern ein verfassungsmäßiges, freies Regiment herrscht, wenn die auswärtige Politik sich auf Deutschland lehnt, die Interessen unseres Vaterlandes gewahrt werden, daß nur, wer das Recht selbst achtet, Recht in Anspruch nehmen kann. (Stürmischer Bravo.)

Abg. Reichsminister v. Roos: Ich halte es für meine Pflicht, in dieser Angelegenheit das Wort zu ergreifen, obgleich dies keine angenehme Pflicht ist. Die Herren auf der Tribüne sind auf Grund des Art. 84 der Verfassung zu jeder freien Meinungsäußerung berechtigt und dem Strafgericht dafür nicht verantwortlich. (Unruhe.) Das steht in der Verfassung, meine Herren. Die Herren machen von diesem Rechte den unangemessenen Gebrauch, Sie geniessen sich in feiner Weise. Sie haben ein Recht dazu, mögen Sie es thun. Auf der andern Seite steht die Regierung Ihnen gegenüber, die die gleiche Freiheit nicht besitzt, und ich möchte das an und für sich noch für ein Glück halten; denn wollte man den leidenschaftlichen Auseinandersetzungen von jener Seite in gleicher Weise antworten, so würden wir zu amerikanischen Zuständen gelangen, wo man mit dem Revolver in solche Gesellschaften geht. (Lebhafte Bischen des Unwillens.) Ich bin vorsichtigweise veranlaßt, das Wort zu ergreifen, mit Rücksicht auf eine früher gemachte Auseinandersetzung des Abgeordneten für Brandenburg (?), der es in meiner Abwesenheit für wünschenswert erklärt hat, daß ich mich über die Frage äußern möchte. Ich muß zunächst einem, wie ich glaube unabsichtlichen Missverständnis entgegentreten, als sei im Schoße des Ministeriums über die Regierungspolitik in dieser Frage irgend eine Svalung vorhanden. Man hat mir die Ehre erwiesen, mich zu nennen als den Stimmläufer einer Partei, welche den Krieg für nötig hält, und zwar den Krieg auf die Bedingung hin und von den Voraussetzungen aus, welche von der Majorität dieses Hauses als die einzige berechtigte Grundlage angesehen werden. Ich muß bemerken, daß diese Annahme irrig ist, daß auch niemals irgend ein entfernter Grund dazu vorgelegen hat.

Die Majorität hat eine Frage, die für mich vollständig offen ist, bereits

erdrückendste Übermacht zu den Waffen zu greifen. Das darf eine Regierung nicht; nur der einzelne, der entschlossen ist, seine Person daran zu setzen, hat dies Recht. Hiermit will ich nicht gesagt haben, daß uns eine solche erdrückende Übermacht entgegenstehe. Ich muß überhaupt die Politik der freien Hand dem gegenüber aufrecht erhalten.

Abg. Dr. Waldeck: Nachdem der Ministerpräsident uns den nächsten Absolutismus vor die Augen gestellt hat, scheint es mir unnötig, noch von allen Mitteln zu sprechen; durch Verweigerung der Auleihe haben wir unser letztes Mittel angewendet. Der Ministerpräsident hat seine besonderen Theorien von einem konstitutionellen preußischen Staat, aber so weit darf er nicht gehen, der Landesvertretung das Recht abzuprägen, die Auleihe zu verwerfen. Ich halte es aber für überflüssig, von der Art zu sprechen, wie der Krieg geführt werden soll, wenn wir nicht die Macht haben, bestimmt darauf einzutreten. Was ist aber das preußische Königthum, jener roche de bronze, von dem der Ministerpräsident sprach? Es ist die absolute Negation des Junktionismus, gestützt auf die liberale Entwicklung. Nachdem nun aber jener aufgeklärt, liberale Absolutismus unmöglich geworden war, da konnte ein Königthum in Preußen nur gedacht werden, welches sich verfassungsmäßig auf das Volk stützt, und schon Hardenberg nannte Preußen ein demokratisches Königthum. Und wenn Sie (zur Rechten) Furcht vor der Demokratie aussprechen und diese Bezeichnung als eine Schande ansehen, wir sind anderer Ansicht, wir sind stolz auf diesen Namen. Warum fordert der Ministerpräsident von uns die Bewilligung der Auleihe, wenn er sie nicht nötig hat, wenn wir nicht das Recht haben, Nein zu sagen? (Sehr gut.) Erwarten Sie nicht, daß ich mich über die schleswig-holsteinische Frage in ihrer ganzen Bedeutung ausschlafen soll, aber sollen wir Geld geben einem Ministerium, welches wir in der inneren Politik kein Vertrauen schenken? Nicht nur diese, sondern jede Auleihe müssen wir der Regierung abzuschlagen, bis die verfassungsmäßigen Zustände im Innern hergestellt sind. Den Zweck der Monarchie haben uns gestern die Anhänger der Minorität deutlich hingestellt; der Ministerpräsident will nicht das Recht Schleswig-Holsteins wahren, sondern er will das durch das Londoner Protokoll begründete Recht Dänemarks herstellen. Derjenige, welcher dem Staat die Blutteuer zahlst, soll nicht fragen, wie sie verwandt wird, sondern dem Ministerpräsidenten überlassen, ob er das tun will, daß er die Herzogthümer mit Dänemark vereinigt und dabei zugleich die demokratische dänische Verfassung aufheben hilft.

Das Ministerium will sich Bundesgenossen seiner Politik im Innern schaffen. Ich glaube aber nicht, daß das zu einem Kriege mit Dänemark führen wird; es wird vielleicht ein kleiner Feuerwerk geben, aber die Dänen werden sich zurückziehen. Ich will nur wünschen, daß möglichst wenige Menschen dabei geopfert werden. Demnächst beginnt, es ist eine traurige Erringung der neuern Zeit, welche die Menschen ohne Blut opfern. Wenn der Ministerpräsident sich seiner Siege über die Demokratie röhmt, so möge er bedenken, daß nicht die materiellen Siege allein maßgebend sind; er mag uns zeigen, wo er einen geistigen Sieg errungen hat in der Art, wie die Siege waren, durch welche der liberale preußische Absolutismus seine Herrschaft befestigte. Wenn Sie an eine Aufbringung der Auleihe ohne uns denken, so reden Sie dabei auf die Ehre des Volkes, welches nicht bloß nach materiellen Interessen, sondern auch nach seinen Rechten fragt. Der Redner geht hierauf auf die Möglichkeit des Krieges ein und bemerkt, daß das Heer bei uns ein Theil des Volkes sei, da die Soldaten die Wähler der Abgeordneten seien. „Wenn Sie die Landwehr einberufen,“ schließt Redner, „so rufen Sie die Unfrigen ein. Weil wir aber überzeugt sind, daß ein Krieg für das Land unheilvoll sein wird, so können wir, ohne ein Wort weiter darüber zu verlieren, die Auleihe verweigern. (Bravo!)“

Kriegsminister v. Roos: Ich halte es für meine Pflicht, in dieser Angelegenheit das Wort zu ergreifen, obgleich dies keine angenehme Pflicht ist. Die Herren auf der Tribüne sind auf Grund des Art. 84 der Verfassung zu jeder freien Meinungsäußerung berechtigt und dem Strafgericht dafür nicht verantwortlich. (Unruhe.) Das steht in der Verfassung, meine Herren. Die Herren machen von diesem Rechte den unangemessenen Gebrauch, Sie geniessen sich in feiner Weise. Sie haben ein Recht dazu, mögen Sie es thun. Auf der andern Seite steht die Regierung Ihnen gegenüber, die die gleiche Freiheit nicht besitzt, und ich möchte das an und für sich noch für ein Glück halten; denn wollte man den leidenschaftlichen Auseinandersetzungen von jener Seite in gleicher Weise antworten, so würden wir zu amerikanischen Zuständen gelangen, wo man mit dem Revolver in solche Gesellschaften geht. (Lebhafte Bischen des Unwillens.) Ich bin vorsichtigweise veranlaßt, das Wort zu ergreifen, mit Rücksicht auf eine früher gemachte Auseinandersetzung des Abgeordneten für Brandenburg (?), der es in meiner Abwesenheit für wünschenswert erklärt hat, daß ich mich über die Frage äußern möchte. Ich muß zunächst einem, wie ich glaube unabsichtlichen Missverständnis entgegentreten, als sei im Schoße des Ministeriums über die Regierungspolitik in dieser Frage irgend eine Svalung vorhanden. Man hat mir die Ehre erwiesen, mich zu nennen als den Stimmläufer einer Partei, welche den Krieg für nötig hält, und zwar den Krieg auf die Bedingung hin und von den Voraussetzungen aus, welche von der Majorität dieses Hauses als die einzige berechtigte Grundlage angesehen werden. Ich muß bemerken, daß diese Annahme irrig ist, daß auch niemals irgend ein entfernter Grund dazu vorgelegen hat.

Die Majorität hat eine Frage, die für mich vollständig offen ist, bereits erledigt betrachtet, das ist die Erfolgsfrage. Ich stehe zu dieser Frage in der That auf vollkommen neutralen Boden. Ich habe weder Sympathie für die Glücksburger, noch für die Augustenburger Linie. Ich habe nur Sympathie für die Interessen Preußens und auch herzliche Sympathie, in meinem Sinne, für Deutschland; aber jetzt liegt die Frage für uns höchstlich darin, daß Preußen Verhreibungen gemacht hat, die später von Dänemark in das Gegentheil verkehrt worden sind. Wir jenen Verhreibungen nicht Rechnung getragen, so halte ich den Krieg für notwendig, um den Herzogthümer heilsame Zustände zu sichern für alle Seiten. Wenn ich auch nicht zugebe, daß früher in Schleswig die preußische Waffenehre verpfändet worden sei, so gelte ich doch ein, daß die Politik jener Tage nicht die glänzendsten Blätter der preußischen Geschichte füllt (börth), und daß die damals übernommenen Pflichten erfüllt werden müssen. Monstros aber ist die Behauptung, daß wir mit dem Blute unserer Söhne den Dänen eine Provinz abnehmen wollen, bloß um sie ihnen nachher gefiebt wiedergeben. Zu solcher Annahme ist keinerlei Grund vorhanden. Wir wollen uns nicht gegenstötigen, sondern offen sein: Das Haus will die Regierungs-Auleihe ablehnen, weil man dieser Regierung nicht die Mittel geben will zu einer kräftigen Aktion. (Widerspruch.) Dazu bedarf man eines anständigen Vorwandes vor dem Lande, und dahnzielen auch alle Reden und Resolutionen.

Sind auch die Meinungen im Lande geteilt, so ist doch die eine allgemeine, daß für die Aufrechterhaltung der Ehre und Wür

den. Ich habe auch keine Veranlassung, die Demokratie zu fürchten, denn wenn ich annehmen müßt, daß die Majorität dieses Hauses sich zu derselben rechne, und wenn ich Sie hier dazu betrachte, so sehe ich Geschäft, welche im Privatleben Vertrauen einlösen; durchbares aber habe ich noch an keinem gesehen. (Heiterkeit.) Wenn Sie aber auf eine Vorbereitung der demokratischen Ideen in der Armee rechnen, so können Sie doch falsch spekulieren. Das gehört in die Rubrik von dem hohen Spiele, welches verloren gehen kann. Ich kann es mir nicht versagen, hier ein altes Dichterwort zu citiren:

Noch steht sein Thron, wie immer  
Ein Fels im Meer,  
Und rings im Waffenschimmer  
Sein treues Heer.

Dieses Wort gilt, und wird immer gelten. — Das Wort, welches uns zugezogen worden ist: „Sie glauben, die Ibrigen einzubürgern, und Sie ziehen die Unrigen ein!“ acceptire ich für uns, denn es sind die Unrigen, es ist unsere Armee, welche keiner anderen nachzustellen ist. Durch alle solche Provokationen geht man nur darauf aus, ein Gefühl in der Armee hervorzurufen, das noch gar nicht existirt. (Bravo rechts.)

Abg. Löwe (Bochum): Er und seine Freunde befänden sich in einer üblichen Lage, so oft von der Armee die Rede wäre; denn redeten sie gegen dieselbe, so hielte man sie Feinde der Armee, redeten sie aber für die Armee, so bezeichnete man dies als ein Wünschen gegen den Kriegsherrn (Schwörath!). So scheine es denn, als ob die Armee für uns ein noli me tangere sein sollte, für welches wir freilich die Ehre haben, alljährlich 40 Millionen zu zahlen. Wenn der Herr Kriegsminister von empfangenen Drohbriefen gesprochen habe, so habe auch er dergleichen erhalten, ohne den Herrn Kriegsminister für deren Urheber zu halten. — Er sucht Preußens Machstellung nur in der Einheit der Krone mit dem Volke, der Regierung mit der Landesvertretung; Deutschland aber erkläre er da, wo deutscher Sinn und deutsche Ehre sich finden, nicht aber im Auslande. In den Angelegenheiten der Herzogthümer sei die beste preußische Politik zugleich die deutsche; was sie aber von der preußischen Regierung zu erwarten, welche sage, die Fortschrittspartei, identisch mit der Demokratie, müßt niedergetreten werden, und welche gleichzeitig den Herzog von Augustenburg mit dieser Partei identifizieren (Schwörath). Nachdem in Rastadt und Lüneville sich fremde Mächte in deutsche Angelegenheiten mischt, sei das vom deutschen Geiste abgewandte Preußen im Jahre 1806 vernichtet worden; seine Umkehr habe es 1813 wieder erhoben und seitdem könne es sich nicht mehr von Deutschland lösen. „Wir schwärmen nicht für den deutschen Bund, wollen aber nicht das schmutzige Wasser weggiessen, bevor wir reines haben.“ Redner erinnert den Ministerpräsidenten an den Ostreich ertheilten Rath, seinen Schwerpunkt nach Westen zu verlegen, und fragt ihn, wie Preußen neben Ostreich bestehen wolle, ohne sich auf die Sympathie Deutschlands zu stützen. Nach einer Erörterung der Stellung Schwedens zu einem standhaftigen Reiche und der Bedeutung der Herzogthümer in einem solchen, hebt Redner hervor, daß es ein politischer Irrthum sei, die Fortschrittspartei mit den alten Demokratien zu identifizieren; jene sei nur eine Coalitionspartei, gebildet, um auf dem Boden des bestehenden diese Fragen in einer den Interessen Preußens und Deutschlands entgegneten Weise zu lösen. — Welche man der Volksvertretung, dieses Zwischenliges zwischen König und Volk, beseitigen, so werde alsdann das Volk sich selber vertreten; ob dies im Schlosse, oder sonst wo in angenehmerer Weise geschehen könne, wisse er nicht, aber „wir halten an der Verfassung eben so fest, wie die Soldaten des Kriegsministers an ihrer Fahne. (Bravo!!) Ein Eid ist so viel wert, wie der andere!“ Zum Schlusse weist Redner darauf hin, daß es jetzt nur Napoleon liege, ein Protektorat in Deutschland zu übernehmen, und wenn er früher einen Rheinbund höchstens nach einer unglücklichen Campagne für möglich gehalten hätte, so sei es der Politik dieses Ministeriums gelungen, die Möglichkeit des Rheinbunds schon vor einer solchen unglücklichen Campagne zu schaffen. (Schwörath!) „Wir unterstützen jede Regierung, welche das Recht wahrt, sei es zunächst auch nur das territoriale. Die gegenwärtige Regierung hingegen gibt das Interesse Preußens auf für eine reactionäre Politik, denn eine reactionäre Politik ist undeutsch, wie sie unpreußisch ist.“ (Lebhafte Bravo.)

Minister-Präsident v. Bismarck: Der drohende Rheinbund sei eine Fiktion; unsere Besitzungen zu den meisten anderen deutschen Staaten und mit dem französischen Hof seien die besten. — Dem Vergleich mit Wöllner und Bischofswerder könne er mit gleichem Rechte eine Parallel des Vorredners mit Marat und Robespierre entgegenstellen. — In der Deputate vom 24. Jan. steht kein Wort von einem Herausdrängen Ostreichs aus Deutschland, sie war ein Versuch, diejenigen Ueberzeugung zwischen uns und Ostreich herbeizuführen, welche jetzt erreicht ist. (Große Heiterkeit.) Die eigentliche Basis einer Einigung Deutschlands sei unter den jetzigen Bedingungen doch nur möglich, wenn die beiden deutschen Großmächte verbündet sind, um es zu schützen. — Der Regierung sind Anfeuerungen der sogenannten offiziösen Presse zum Vorwurf gemacht; eine offiziöse Presse gibt es nicht; eine meiner ersten Amtshandlungen war, ein solches Verhältnis zu lösen; wir haben kein offizielles Blatt, für dessen ganzen Inhalt wir verantwortlich wären. Wenn der Abg. Waldeck von der Pflicht des preußischen Königthums gesprochen hat, das Junkerthum zu bekämpfen, so kann man, wenn man mit dem Wort Junkerthum den Begriff der Ueberhebung und der unberichtigten Annahme von Rechten verbindet, auch von einem parlamentarischen Junkerthum sprechen, und den Kampf gegen dieses halte er allerdings für eine der ersten Aufgaben des preuß. Königthums. (Lebhafte Beifall.)

Kriegsminister v. Roos: Die kleinen deutschen Staaten haben sich aus Besorgniß vor irgend welchem Phantome den berechtigten Einflüssen der beiden deutschen Großmächte zu entziehen gesucht. Diese Phantome sind nicht von dem Ministerpräsidenten hervorgerufen, sondern von der Partei, die Sie (zur Linken gewendet) vertreten. So verhält es sich auch mit dem Phantome des Rheinbundes. Es ist hier davon gesprochen, daß Preußen nach den Tagen seiner Erhebung sich an Deutschland angegeschlossen habe, im gewissen Sinne ist das wahr, aber auch das Umgekehrte ist der Fall gewesen. Deutschland hat sich an Preußen angeschlossen und Preußen ist die bewegende Kraft. Der Abg. Voerde hat auch von Schwankungen gesprochen; aber seit der Ministerpräsident an der Spitze der Geschäfte steht, verfolgt unsere Politik ganz fest die Heiterkeit. (Heiterkeit.) Der Schluss, die Armee sei für die Linke gleichsam ein noli me tangere, ist vollkommen richtig. (Heiterkeit.)

Darauf wird die Generaldisputation abermals geschlossen. Eingeschrieben sind noch die Abg. Dunker, Reichensperger, Jung, Wagener, Bunsen, Stavenhagen u. A. Nachdem die Herren v. Blankenburg, Schulze, Schwerin, Birchow und Löwe noch in persönlichen Bemerkungen auf einige gegen sie gerichtete Angriffe geantwortet haben, erhält das Wort als Antragsteller Abg. Schulze (Berlin). Nach mehreren persönlichen Bemerkungen wendet der Redner sich an den Abg. v. Blankenburg, indem er bemerkt, daß er geglaubt habe, jene Partei werde die Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden materiellen Mitteln unterstützen, nicht aber mit solchen Mitteln, wie sie gebraucht seien; mit Demunitionen &c., wie der Abgeordnete Wagener sie gemacht. „Desavouiren Sie den Herrn, wenn er nicht im Sinne ihrer Partei gehandelt hat!“

Es sei schon einmal eine Anfeuerung hinsichtlich des Revolvers gefallen, und der damalige Präsident habe gegen dieselbe den strengsten Ordnungsruh erlassen. Welche Eventualitäten könnten nur vorkommen, wenn es Männer im Hause gäbe, die sich der Leitung der Debatte durch den Präsidenten nicht unterwerfen wollten. Nur unter solchen Umständen könnten solche Dinge vorkommen. Die Abg. machten Gebrauch von ihrem verfassungsmäßigen Rechte, die Regierung aber lehnte die Verantwortlichkeit ab, da sie noch immer Anstand nehme, das durch die Verfassung verhiefene Minister-Verantwortlichkeitsgebot vorzulegen. Das Haus hatte, bevor die Regierung mit einer Forderung an dasselbe herovertrat, schon bestimmte Grundlässe aufgestellt, und deshalb könne es man nicht beschuldigen, daß es Tendenziopolit treibe. Durch die Annahme der Revolution werde sich das Haus, wenn die Regierung mit weiteren Forderungen komme, gegen den Vorwurf der Tendenziopolit schützen. Das Haus habe Grund zum Misstrauen gegen eine Regierung, welche die verfassungsmäßigen Rechte des Landes verstimmen und es würde jedem Ministerium, welches eine solche Politik verfolge, die Mittel verweigern, es möge einer Partei angehören, welcher es wolle. Er empfiehlt die Annahme des Amendedem Groote.

Referent Abg. Altmann: Er werde sich kurz fassen und auf einige Bemerkungen beschränken. Der Abg. Waldeck habe gesagt, er würde nicht nur diese Anleihe, sondern auch jede andere nicht billigen, dann könne er die Resolution gewiß annehmen. Er widerlegt darauf eine Bemerkung des Ministerpräsidenten und entgegnet dem Kriegsminister, er habe sich gegen die angeblich beabsichtigte Imputation einer politischen Richtung in der Armee

verwahrt, gleichgültig sei es aber doch nicht, ob die Armee mit oder ohne Freudigkeit kämpfe. Was die Frage des Bundesstaates betreffe, so schwärme er und seine Freunde nicht für denselben; sie ständen eben jetzt auf seiner Seite, weil er das Recht der Herzogthümer vertrete. Er hoffe, daß nicht in Folge der Regierungspolitik sich statt der bisherigen rein deutschen Tendenzen andre sich der Bewegung bemächtigten.

Abg. Wagner (Neustettin) vertheidigt sich gegen die Anschuldigungen des Abg. Schulze; er beruft sich auf sein veröffentlichtes Schreiben an den Geh. Rath Engel, welches er mittheilt. — Abg. Schulze verpricht ihm, falls er die Unrichtigkeit der erhobenen Beschuldigung beweise, ihm eine genügende Erklärung zu geben, bis jetzt sei er aber noch nicht überzeugt.

In der nun folgenden Spezialdiskussion über die Regierungsvorlage spricht Abg. v. Bonin gegen §. 1 der Regierungsvorlage, ist aber bei der im Hause herrschenden Unruhe fast unverständlich. Die Regierung hätte jetzt bei veränderter Sachlage die Vorlage zurückziehen sollen, wenn sie korrekt verfahren wäre, und eine andere einbringen müßten. Er stimme gegen die Regierungsvorlage, werde aber auch gegen die Resolution stimmen, die er nicht für zweckentsprechend halte.

Die Diskussion wird darauf geschlossen und §. 1 mit großer Majorität abgelehnt. Dafür stimmen nur die Konservativen und ein Theil der katholischen Fraktion, darunter Abg. Reichensperger. Ebenso die übrigen Paragraphe ohne Diskussion. Bei der namentlichen Abstimmung über die ganze Regierungsvorlage wird dieselbe mit 275 gegen 51 abgelehnt; für dieselbe stimmen außer den Konservativen die Abg. Reichensperger, Destrath, Franz, Frohning und ander Abg. der katholischen Fraktion, gegen sie stimmen Nohden.

Bei der Resolution enthalten sich die Polen der Abstimmung. Zuerst wird das Amendedem Groote, nachdem die Abstimmung auch nach der Gewintheit kein Resultat ergeben, bei der Abstimmung mit 145 gegen 105 Stimmen angenommen, und ebenso die ganze Resolution einschließlich dieses Amendedements mit großer Majorität. — Schluss der Sitzung: 4½ Uhr. Nächste Sitzung: morgen 10 Uhr. T. O. Militärnovelle.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 23. Januar. [Kirchliches.] Durch zuverlässige Mittheilung vernehmen wir das Nachrichtende über den Bau der neuen Kirche für die hiesige evangelische Neustädtische Gemeinde. Es sind dazu 57,600 Thlr. als Gnadengeehrent Sr. Majestät des Königs in Aussicht gestellt. Der von der Königlichen Ober-Bau-Deputation bereits festgestellte Kostenanschlag beläuft sich auf 67,600 Thaler. Diejenigen 10,000 Thlr., welche durch das Königliche Gnadengeehrent nicht gedeckt werden, sollen zum inneren Schmuck der Kirche verwendet und, so viel als möglich, durch freiwillige Gaben aus der Gemeinde während der drei Baujahre aufgebracht werden.

Was nach Ablauf dieser drei Jahre an der Summe von 10,000 Thlr. noch fehlt, soll bei der Königlichen Provinzial-Hülfskasse aufgenommen und allmälig in der Art amortisiert werden, daß die Kirchenstättelnder und andere Einnahmen der Kirchenkasse sowie die bishierigen freiwilligen Beiträge dazu verwendet werden. Es liegt also durchaus nicht die Absicht vor, die Gemeinde durch Repartition von Baubeträgen zu belasten, was wir ausdrücklich deshalb hervorheben, weil bei vielen Gemeindemitgliedern immer noch das Misstrauen obwaltet, daß der Bau der neuen Kirche erhebliche Opfer von ihnen fordern werde, während doch der Gemeinde nur Gelegenheit gegeben werden soll, durch freiwillige Gaben zum Schmuck der Kirche ihre Liebe zu dem neuen Gotteshaus und ihren Dank für die ihr so reichlich bewiesene Gnade Sr. Majestät zu bekräften.

Der Beginn des Baus soll im bevorstehenden Frühjahr erfolgen. Es ist dazu der durch Königliche Huld der Gemeinde geschenkte Bauplatz in der Verlängerung der Berliner Straße an der Ecke der Wallstraße vorhanden.

Von vielen Seiten wird der Wunsch gehegt, daß die im gothischen Stile projektierte schöne Kirche mit ihrem 200 Fuß hohen Thurm nicht in jener etwas abgelegenen Gegend, sondern in der Mitte des Neustädter Marktes erbaut werden möge, wo sie, von fünf Straßen aus sichtbar, eine große Zierde unserer Stadt sein und, nach sorgfältiger Messung, der Straßengasse keinerlei Hindernisse bereiten würde.

Sollten die städtischen Behörden darauf eingehen, so würde, wie wir hören, der Kirchenrat der Neustädtischen Gemeinde, dem nicht entgegen sein. Aber es müßten freilich die Entschlüsse der städtischen Behörden dazu gefaßt werden, da der Bau der neuen Kirche ein so dringendes Bedürfnis für die Gemeinde ist, daß die Vertreter derselben es nicht würden verantworten können, wenn sie dazu mitwirken, daß durch lange hingezogene Verhandlungen der Beginn des Baus im Frühjahr sollte gehindert werden.

[Städtisches.] Wie verlautet, hat der Stadtrath A. mit Rücksicht auf seine angegriffene Gesundheit seine Pensionirung beantragt. Ohne Zweifel wird dieser Zwischenfall auf die bevorstehende Wahl eines Beigeordneten nicht ohne Einfluß bleiben, deren baldige Vornahme vielmehr nötig machen; es möchte indeß dieselbe möglichst auf einen Kandidaten zu lenken sein, der Verwaltungstalent schon befindet hat, oder bei welchem dasselbe vorauszusezten ist. Unter den zahlreichen Bewerbern soll die Justiz vorwiegend vertreten sein. — Die Zeitlin für die Dauer von etwa zwei Jahren vorgenommene Wahl eines unbefoldeten Stadtraths konveniert, wie wir hören, dem Gemählten infosofern nicht ganz, als seinem Wunsche, die Sitzungen des Magistrats auf die Nachmittagsstunden, oder einen andern als den bisherigen regelmäßigen Sitzungstag zu verlegen, kaum wird entsprochen werden können.

Gestern fand die statutemäßige Generalversammlung des hiesigen Spar- und Vorschuh-Vereins behufs Berichterstattung seitens des Vorstandes über die abgelaufene Verwaltungsperiode statt. Der Bericht ergab, daß bis jetzt nur Darlehen in geringen Beträgen verlangt und die meisten Anträge berücksichtigt worden seien. Der eigene Fond des Vereins reichte hierzu aus. Müßig hat derselbe nicht gelegen. Von großen Resultaten kann nach dreimonatlicher Wirksamkeit natürlich nicht die Rede sein; der Hinzutritt neuer Mitglieder, besonders aus dem Handwerkstande, ist wünschenswerth, der Verein zählt jetzt 100 Mitglieder. Eine Zukunft ist nach dem nicht ungünstigen Anfang dem Verein nicht abzusprechen. Es muß sich nur erst das Vertrauen verbreiten, daß er auf soliden Grundlagen beruht.

[Militärisches.] Mit dem gestrigen Eisenbahnzuge um ½ Uhr Abends verließen die Reserve aus Posen unsere Stadt, um zu ihrem Regiment, dem 18. Inf. Regt., welches in Spremberg, Rottbus &c. stationirt ist, zu gelangen. — Auch die Einberufungsordnungen für sämtliche Landwehrmänner des ersten Aufgebots sollen in Bereitschaft gehalten werden.

[Koncert.] Wir machen unser künstlerisches Publikum wiederholt auf das am Montag, den 25. d. M. im Sternschen Saale stattfindende Sinfoniekonzert unseres Klaviervirtuosen Krug aufmerksam. Als auf etwas Ungewöhnliches dürfen wir auf die achtstädtig auf zwei Piano's zum Vortrag zu bringende ältere Krug'sche Sinfonie hinweisen, welche dem Komponisten verloren gegangen war und welche er mühsam

aus dem Gedächtniß wieder reproduciert hat. Der angekündigte „marche triomphale“ ist bei Bielen von früher her in bester Erinnerung.

Pleschen, 12. Januar. [Protectorat.] Soeben gelangt folgendes Allerhöchste Kabinettschreiben Ihrer Maj. der Königin von Preußen vom 17. d. Mts. an das Kuratorium der vereinigten evangelischen Rettingshäuser hierher:

„Ich will auf den Antrag des Kuratoriums des evangelischen Rettingshäuses zu Pleischen vom 8. d. Mts. das Protectorat der genannten Anstalt gern übernehmen und derselben für dieses Jahr den beifolgenden Beitrag bewilligen.“

In den betreffenden Kreisen, sowie in den beiden Anstaltshäusern hat sich die größte und dankbarste Freude über das Allerhöchste Kabinettschreiben Ihrer Majestät fund gegeben. Die Mittheilung davon wird allen christlichen Freunden der Anstalten in der Nähe und Fern gewiß eine recht patriotische Erquickung bringen.

S. Rawicz, 21. Jan. Nachdem in Lissa seit vielen Jahren zur Erleichterung des Verkehrs für das Publikum der Telegraphendienst in der Stadt verkehren wird, hat man in neuester Zeit noch in den Städten Kroatisch und Ostrawo Telegraphenstationen eingerichtet und soll, wie verlautet, selbst in Fraustadt in Kurzem eine derartige Einrichtung ins Leben treten. Es fällt daher allgemein auf, daß die Stadt Rawicz, die zu den ersten Städten der Provinz gehört, so wenig Berücksichtigung findet. Wir müssen zur Aufgabe einer Depesche den weiten Weg nach dem Bahnhof machen und können dort, wenn Staatsdepeschen aufgegeben sind, längere Zeit warten. Depeschen, die hierher befördert werden, legen viel schneller den Weg von Posen, Berlin, Hamburg u. s. w. nach unserem Bahnhof zurück, als von letzterem Orte in unsere Stadt. Es ist schon oft auf diese Nebenstände hingewiesen worden, deren Befreiung durch Errichtung einer Telegraphenstation auf dem Postamt in biefiger Stadt ohne großen Aufwand von Kosten sich ermöglichen ließe. Nach unserem Erfahrungen würdet sich sogar die Einrichtung, die das correspondirende Publikum fleißig benutzen würde, gut rentieren.

[Wolstein, 21. Jan. [Militärisches.] Nicht leichtig; Konferenz.] Gestern ist per Etatette die Ordre eingegangen, etwas über 300 Reserveoffiziere des 3. Bataillons 1. posenischen Infanterieregiments Nr. 18 (Unruhstadt), wozu die Kreise Borsig, Mejeritz und Kosten gehören und auch eine Anzahl von Gardemännern sofort einzuziehen. — Der bisherige Beigeordnete der Stadt Mejeritz, Kürschnermeister Moseritz, ein thätiges Mitglied des dort bestandenen Wahlkomites, vor Kurzem aufs Neue von der dortigen Stadtverordnetenversammlung zum Beigeordneten gewählt, hat die Bestätigung der k. Regierung nicht erhalten. — Dieser Tage war der Director der Provinzial-Feuersocietät, Regierungsrath Gädé aus Posen, hier anwesend und konferierte mit sämtlichen Distriktskommissarien des Kreises in Feuerversicherungs-Angelegenheiten. Bei der Beleistung der Grundbesitzer im Kreise theils durch Pfand- und theils durch Rentenbriefe ist übrigens nur ein sehr kleiner Theil derselben in den Stand geestzt, aus der Provinzialfeuer-Societät auszutreten.

## Bermischtes.

\* Breslau, 22. Januar. Das schon im vorigen Winter beobachtete Phänomen hat sich in vergangener Nacht wiederholt. Der gestern noch im schönsten weißen Kleide prangende Schnee ist mit einer gelben Schicht afrikanischen Wüstensstaubes bedeckt.

\* Die Mode, welche jetzt mit jedem Jahre mehr zum Manie wird, Schauspieler nach dem Stück herauszurufen, röhrt aus dem Jahre 1777 her, wo am 20. Juli in der Comédie Italienne zu Paris „Les intrigues d'Arlequin“ gegeben wurden. Das Publikum ward von dem neuen Schauspieler Dorionville so entzückt, daß es ihn nach der Vorstellung noch einmal auf die Bühne zurückrief; er war der erste Künstler, dem solche Ehre widerfuhr.

## Telegramme.

Berlin, 23. Januar. Wegen Verhinderung des Kriegsministers wurde im Abgeordnetenhouse die Militärfrage bis Nachmittag verlegt. v. Roon wünschte die völlige Absehung der heutigen Tagesordnung. Das Hans verneinte dies. Grabow bezeichnete die endliche Erledigung der Angelegenheit nach dreijähriger Erörterung als höchst wünschenswerth.

Hamburg, 23. Jan. 6 Grad Wärme, Südwestwind, Barometer fallend. Die Bundeskommissare haben unter dem 21. folgende Bekanntmachung erlassen: Die unter dem Befehl des Generals v. Wrangel stehenden Truppen haben die Grenzen der Herzogthümer überschritten. Verschiedene Regierungen haben dagegen am Bunde Protest erhoben. General v. Hake ist beauftragt, dem General v. Wrangel zu erklären, daß wir eine ordnungsgemäße Notifikation erwartet hätten, seine Truppen auch nicht als Bundesreserve anerkennen können, uns aber in die unabänderliche Thatsache fügen. Vom Bundespräsidenten haben wir die Anzeige erhalten, daß das Einrücken der österreichischen und preußischen Truppen nicht die ferneren Anordnungen Betreffs der executionsmäßigen Besetzung und Verwaltung Holsteins und Lauenburgs zu beeinträchtigen oder in dieselbe einzutragen hätte, daß diese Truppen nur durchpassiren würden. So fordern wir die Behörden, sowie alle Bewohner der Herzogthümer auf, die geforderten Leistungen den österreichischen und preußischen Truppen zu gewähren und solche freundlich aufzunehmen. Herzog Friedrich erwiderete einer Altonaer Deputation, er hoffe binnen Kurzem im Stande zu sein, Altona's Einladung anzunehmen.

## Angelommene Fremde.

Vom 22. Januar.

**HOTEL DU NORD.** Die Rittergutsbesitzer v. Skarzynski aus Sławięcice, v. Gorzenki aus Gembice, v. Bonifacius aus Słabomierz, v. Balzwiowski nebst Frau aus Babno, v. Młodziencki aus Zielonka und v. Boremba aus Babno.

HOTEL DU NORD. Kaufmann Hennemann aus Naumburg a. S., die Rittergutsbesitzer v. Bychlinski aus Uzazewo und v. Modliborski aus Kromplice.

HOTEL DE BERLIN. Rittergutsbesitzer v. Kropinski aus Orchowo, Kaufmann Bosner aus Berlin, Gutsbesitzer Lebmann aus Garby.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Oberst v. Frankenberq aus Unruhstadt, Lieutenant Pietich aus Schrimm, Dr. Peters aus Schmiegel, Ober-Inspektor Schindowski aus Niemojewo, die Kaufleute Stanz aus Frankfurt a. M., Rappold aus Hamburg, Pak aus Barmen, Bacharach aus Mainz, Borchard, Bob und Bolz aus Berlin.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Starzencki aus Polen, v. Bieganski aus Lutkow, v. Bieganski und v. Kraslowski aus Cytowo.

HOTEL DE PARIS. Gutsverwalter Kowalski aus Kowalewo.

EICHENER BORN. Fräulein Rothenbach aus Gollnitz.

ZUM LAMM. Geschäftsmann Brandt aus Stettin.

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

### Polizeiliches.

Am 21. d. M. als mutmaßlich gestohlen in Beichlag genommen: Ein Stück Schwarz und grün fl. kariertes Rockzeug, ein schwarzfeidenes mit Franzen besetztes Schalstück, ein rothunteres seidenes Taschentuch, ein kleines Damaststuch, C. R. L. gezeichnet, drei zusammengehängende Handtücher, ein schwarzfeidener Reitgurth und eine blaue wollene Pferdedecke, am Rande schwarz gestreift.

Am 21. Jan. gefunden auf der Straße ein grauer Pelztragen, ein kleiner brauner Pelztragen und ein wollenes, grün kariertes Umhüllungstuch.

### Bekanntmachung.

Auf Grund des Allerhöchsten Privilegi vom 26. Januar 1857 sind die nachfolgenden Nummern der Wirsiger Kreis-Obligationen heute ausgelöst worden:

Litt. A. Nr. 18 500 Thlr.

Litt. B. Nr. 31 über 100 Thlr.

B. 32 100

B. 33 100

B. 34 100

B. 35 100

500 Thlr.

Litt. C. Nr. 345 über 40 Thlr.

C. 346 40

C. 347 40

C. 348 40

C. 349 40

C. 350 40

C. 351 40

C. 352 40

C. 353 40

C. 354 40

C. 355 40

C. 356 40

480 Thlr.

Litt. D. Nr. 1102 über 20 Thlr.

D. 1103 20

D. 1104 20

D. 1105 20

D. 1106 20

D. 1107 20

D. 1108 20

D. 1109 20

D. 1110 20

D. 1111 20

D. 1112 20

D. 1113 20

D. 1114 20

D. 1115 20

D. 1116 20

D. 1117 20

D. 1118 20

D. 1119 20

D. 1120 20

D. 1121 20

D. 1122 20

D. 1123 20

D. 1124 20

D. 1125 20

D. 1126 20

D. 1127 20

D. 1128 20

D. 1129 20

D. 1130 20

D. 1131 20

D. 1132 20

D. 1133 20

D. 1134 20

D. 1135 20

D. 1136 20

D. 1137 20

D. 1138 20

D. 1139 20

D. 1140 20

D. 1141 20

D. 1142 20

D. 1143 20

840 Thlr.

Diese Obligationen werden hiermit den Inhabern gefürgt und dieselben aufgefordert, den Nominalwert derselben mit den fälligen Binsen gegen Rückgabe der Obligationen und Zinskupons Serio II. Nr. 5 bis 10 bei der königlichen Kreisschafferei in Wirsing oder den Bankiers Platho und Wolff in Berlin am 1. April 1864 in Empfang zu nehmen.

Gleichzeitig werden die Inhaber nachfolgender, in vorigen Jahre bereits verloster Obligationen:

I. Littr. C. Nr. 333 über 40 Thlr.

C. 336 40

C. 337 40

C. 338 40

C. 339 40

C. 340 40

C. 341 40

C. 342 40

C. 343 40

400 Thlr.

II. Littr. D. Nr. 1931 über 20 Thlr.

D. 1932 20

D. 1933 20

D. 1935 20

D. 1936 20

D. 1937 20

D. 1938 20

D. 1939 20

D. 1940 20

D. 1941 20

D. 1942 20

D. 1943 20

D. 1944 20

D. 1945 20

D. 1946 20

300 Thlr.

ausgefordert, dieselben ebenfalls an den genannten Entlöschungsstellen zu präsentieren.

Wirsing, den 8. Januar 1864.

Die ständische Finanzkommission.

Fremdwahl. v. Bethmann-Holweg.

Graf Brinski. v. Saenger.

Über den Nachlass des Schmidmeister

Julius Fischer zu Wollstein ist das erbschaftliche Liquidationsverfahren eröffnet wor-

den. Es werden daher die sämtlichen Erb-

schaftsgläubiger und Legatäre aufgefordert,

ihre Anwälte an den Nachlass, dieselben mö-

gen bereits rechtsfähig sein oder nicht, bis zum

26. Februar 1864 einschließlich bei uns

schriftlich oder zu Protokoll anzumelden. Wer

sein Anmessen schriftlich eingebracht hat zu-

gleich eine Abschrift derselben und ihrer Anla-

gen beizufügen.

Die Erb-schaftsgläubiger und Legatäre, welche

ihre Forderungen nicht innerhalb der bestimmten Frist anmelden, werden mit ihren Ansprüchen an den Nachlass dergestalt ausgeschlossen

werden, daß sie sich wegen ihrer Befriedigung

auf vorstehende Bekanntmachung empfehlen

zu können.

Wir sind Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit sehr dankbar.

Adolph Lichtenstein in Posen

eine General-Agentur für den Regierungsbezirk Posen übertragen, und ihn zum Abschluß von Versicherungen, so wie zur Ausstellung von Versicherungs-Dokumenten bevollmächtigt haben.

Herr Ignatz Pulvermacher in Posen

bleibt nach wie vor Haupt-Agent unserer Anstalt mit der Befugnis zum selbstständigen

Abschluß von Versicherungen und Ausfertigung von Versicherungs-Dokumenten.

Berlin, den 5. Januar 1864.

Die Direktion der Berlinischen Feuerversicherungs-Anstalt.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Bekanntmachung empfehlen wir dem geehrten

Publizist die vorstehend genannte, seit mehr als funfzig Jahren bestehende, durch ihre so-

liden Grundfälle ebenvoll bekannte Anstalt.

Dieselbe übernimmt alle Arten von Versicherungen gegen Feuergefahr zu höchst

billigen und festen Prämien, so daß die Versicherten nie in den Fall kommen können,

Nachschüsse zu leisten.

Für ihre Versicherungen kommt die Anstalt mit einem Grundkapital von

Zwei Millionen Thalern

und ansehnlichem Kapital und Prämien-Reserven auf.

Bei Versicherungen von Gebäuden, die seit dem 1. d. Mts. bei Pri-

vat-Gesellschaften geschehen können, wird das Interesse der Hypotheken-

Gläubiger gleich wie bei den öffentlichen Societäten sichergestellt.

Zu näherer Auskunft sind wir stets gern erbötig.

Posen, den 8. Januar 1864.

Adolph Lichtenstein,

General-Agent,

Büttelstraße Nr. 18.

nur an Passagiere halten können, was nach vollständiger Berichtigung aller rechtlich angeordneten Forderungen von der Nachlassmasse, mit Ausschluß aller seit dem Ableben des Erblassers gezogenen Nutzungen, übrig bleibt.

Die Abschaffung des Praktionsverkehrs auf den 2. März 1864

Mittags 12 Uhr

in unserem Terminzimmer Nr. 10 anberaumten öffentlichen Sitzung statt.

Wolstein, den 14. Januar 1864.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Der Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Marcus Lewy hier selbst ist beendet.

Kosten, am 15. Januar 1864.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

</div

## Eine bekannte und geachtete Persönlichkeit,

Herr Partikulier Rautenstrauß in Frankenstein, äußert seinen Dank für den Fenchelhonig-Extrakt von L. W. Egers in Breslau, Blücherplatz Nr. 8, erste Etage, (Niederlage für Posen bei Amalie Wulke, Wasserstraße Nr. 8/9), folgendermaßen:

"In Folge einer heftigen Brustentzündung meiner Tochter hatte sich gleichzeitig ein starker Husten festgesetzt, welcher durch verschiedene Arzneimittel nicht zu befreiten war. Ich bekam den Rat, es einmal mit dem L. W. Eger'schen Honigextrakt zu versuchen, welchen ich mir gleich beim Herrn Kaufmann Benedix hier verschaffte. Der gute Erfolg blieb nicht aus, und meine Tochter ist von allen Nebeln der Brustentzündung und des starken Hustens mit Sicherheit des Auswurfs von einer Flasche gänzlich befreit.

Mit anerkennendem Danke bezeuge ich dies zur Aufmerksamkeit ähnlicher Kranken.

Frankenstein, den 15. November 1863.

Rautenstrauß.

Naps- und Leinkuchen,  
bester Qualität, offerirt billigst  
**Wilhelm Mewes,**  
Komtoir: Schuhmacherstr. 20.

**R. F. Danzig'scher Kräuter-Liqueur.**

Wir übergeben nachstehendes Schreiben, welches dem Apotheker R. F. Daubitz in Berlin, Charlottenstraße 19, zugesandt wurde, zur allgemeinen Beachtung:

Herrn R. F. Daubitz in Berlin,  
Charlottenstraße 19.

Nach dem Gebrauch von nur 2 Flaschen Ihres aus Ihrer Niederlage bei Herrn Julius Hönicke hierfür entnommenen Kräuterliqueurs bin ich von dessen wohlthuenden und heilenden Wirkungen auf meine Hämorrhoidalbeschwerden so vollständig überzeugt, daß ich den Gebrauch bei ähnlichen Leiden jedem gewissenhaft empfehlen kann. Zugleich fühle ich mich veranlaßt, Ihnen als Erfinder des Präparates meinen Dank auszusprechen. Sonnenburg.

Schneider, königlicher Kanzleirath.

Autorisierte Niederlage bei:  
**C. A. Brzozowski** in Posen, Judenstraße 3.

**W. F. Meyer & Co.** in Posen.

**H. F. Bodin** in Filehne.  
**R. F. Fleischer** in Schönlanke.

**M. G. Asch** in Schneidemühl.  
**A. Busse** in Rogasen.

**A. L. Reid** in Rogasen.

**C. Stuart** in Samter.

**Emil Siewerth** in Schrimm.

**Frd. Senf** in Wronke.

**Isidor Fraustadt** in Garnkau.

**G. S. Brodda** in Obersitzko.

Täglich frische Äpfel  
bei Carl Schipmann Nachf.

## Norddeutscher Lloyd.

# Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen Bremen und Newyork,

Southampton anlaufend:

D. Bremen, Capt. C. Meyer, Sonnabend den 13. Februar.  
D. Hansa, Capt. H. J. v. Santen, Sonnabend den 27. Februar.  
D. Amerika Capt. H. Wessels, Sonnabend den 12. März.  
D. Bremen, Capt. C. Meyer, Sonnabend den 9. April.  
D. Hansa, Capt. H. J. v. Santen, Sonnabend den 23. April.

Passegepreise: Erste Klasse 150 Thlr., zweite Klasse 100 Thlr., Zwischendeck 60 Thlr. Krt. inkl. Bestückung. Kinder unter zehn Jahren auf allen Plätzen die Hälfte. Säuglinge 3 Thlr. Krt.

Güterfracht: Bis auf Weiteres Pf. St. 2, 10 Sch. resp. Pf. St. 3, 10 Sch. mit 15% Prämie pr. 40 Kubikfuß Bremers Maße.

Nähere Auskunft ertheilen: in Berlin die Herren **Constantin Eisenstein**, Generalagent, Invalidenstr. 82; **A. v. Jas mund**, Major a. D., Landsbergerstraße 21; **H. C. Platzmann**, Generalagent, Louisenstraße 2.

Die Direktion des Norddeutschen Lloyd.

Bremen, 1864. Crusemann, Direktor. H. Peters, Prokurant.

## Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

[Produktentferhr.] Während der letzten acht Tage hatten wir recht annehmliche Busubren an unserem Markt, die bei wesentlich gesunkenen Preisen rasch geräumt wurden. Weizen in bedang in seinen Gattungen 47–48 Thlr., mittler 43–44 Thlr., ordinär 40–41 Thlr.; Roggen, der in schweren Sorten anfänglich mit 32–34 Thlr., in leichteren Sorten mit 29–30 Thlr. zu notieren gewesen, wich bis zu Ende der Woche für erstere Sorten auf 29–31 Thlr., für letztere auf 28–28½ Thlr.; große Gerste verkaufte sich mit 27–29 Thlr., kleine mit 25–27 Thlr.; Hafer blieb unverändert auf 18–19 Thlr.; ebenso Buchweizen auf 35–38 Thlr.; Körnerbrot auf 32–33 Thlr., Butterbrot auf 30–30½ Thlr.; Kartoffeln bezahlten sich wie zuletzt mit 8½–10½ Thlr. Für herangeförmene kleine Boten rother Reis war 10–12 Thlr. zu notieren. In dem Termingeschäfte für Roggen blieb unter den Einflüsse der neuendrungen auswärtigen flauen Berichte eine überaus mutlose Stimmung vorherrschend, in deren Folge die Kurse einen weiteren, sehr erheblichen Rückgang zu erleiden hatten, während Umsätze sich in äußerst beschrankten Grenzen hielten. – In Spiritus hatten wir eine ziemliche Befahr, welche zu den statthabenden starken Verladungen per Bahn ihre Verwendung fand, ebenso gingen nicht unbedeutende Posten zu Verladungen per Kahn über. Der regelmäßige Handel verlief zwar in den ersten Tagen in etwas günstigerer Tendenz, die jedoch bald wieder umschlug und bis zum Wochenende unter Rückgang der Preise stanblieb. – Von Anfündigungen kam in Roggen nichts vor, während solche in Spiritus auch nur unbedeutend waren. Mehl ist in Folge der gewicheten Getreidepreise ebenfalls in den Preisen wesentlich zurückgegangen. Weizenmehl Nr. 0 4½ Thlr., Nr. 0 u. 1 4 Thlr., Roggenmehl Nr. 0 3 Thlr., Nr. 0 u. 1 2½ Thlr. pr. Centner unversteuert.

Geschäftsversammlung vom 23. Januar 1864.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 93½ Br., do. Rentenbriefe 94 Br., do. Provinzial-Banknoten 90½ Br., polnische Banknoten 85½ Br.

Wetter: Regen.

## Ausverkauf bei Jacob Tichauer

wegen Auflösung des Geschäfts zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Bordeaux-Weine. St. Julien exkl. Flasche, per Bout. 9 Sgr., Medoc Margaux 10 Sgr., Chat. D'Aux 12 Sgr., Palmer Margaux 15 Sgr., Chat. Lagrange 17½ Sgr., Laoville infl. Flasche 20 Sgr., Branne Mouton 20 Sgr., Chat. Larose 22½ Sgr., Lafitte 25 Sgr., Latour 25 Sgr., Haut Sauternes 52er exkl. Flasche 15 Sgr.

Rhein- und Mosel-Weine. Rauenthaler exkl. Flasche per Bout. 10 Sgr., Scharlachberger 12 Sgr., Liebfrauenmilch 13 Sgr., Hochheimer 14 Sgr., Rüdesheimer 15 Sgr., Winkler Hasensprung inkl. Flasche 22½ Sgr., Moselwein per Bout. 6 Sgr., Grünhäuser dito 9 Sgr.

Champagner per Bout. 1½–1½ Thlr.

Bordeaux-Weine in Originalflaschen von 1 Thlr. ab bis 1½ Thlr. per Bout.

Frisch geschossene Rehe, Hasen und Rebhühner billig bei Isidor Busch, Sapiehavlas 1.

Vorzüglich gute Butter, Pfannenmus, Backost, saure Gurken, gute Kocherbösen, Bohnen, so wie alle Mehlspeisen empfiehlt zu soliden Preisen C. Maletzky, St. Martin 18.

Nehzimmer, Nehkeulen und abgezogene Hasen à Stück 15 Sgr. bei J. Bokš, Sapiehavlas 6, im Keller.

Die so sehr beliebte Gänse-Wurst, eine große Auswahl von verschiedenen geräucherter Gänse-Würsten und Keulen zu auffallend billigen Preisen empfiehlt die Fleischwarenfabrik des H. J. Elkan.

Täglich frische Tischbutter, à Pfund 9 Sgr., so wie bayerische Schmelzbutter empfiehlt Krug & Fabricius.

Billigste, reellste, Lotterie-Loose verendet im Original Sutor, Klosterstr. 37 in Berlin.

prompteste Bedienung.

Ein Laden, für ein Droguen-Geschäft sich eignend, wird zum 1. April gesucht.

J. Grodzki, Wasserstr.

Eine Wohnung von drei tapzierten Bimmern, nebst Küche, Gesindelab. c. ist vom 1. April d. 3. zu vermieten. Wallstraße 73.

Eine Wohnung von vier Stuben, Küche, Speisefamille, und eine Wohnung von zwei Stuben, Küche nebst Bubebör sind Sandstraße Nr. 8 zu vermieten.

Gerberstraße zum schwarzen Adler ist die Wohnung, die der Maler Galmert inne hat, vom April ab zu vermieten.

Ein großer und ein kleiner Pferdestall sind gr. Ritterstr. 14 sofort zu vermieten.

Eine möbl. Stube zu verm. Wasserstr. 21.

Eine Wohnung, aus 4 Bimmern c. bestehend, und eine Parterrestube gleichzeitig zu vermieten.

Gr. Ritterstraße 14 im 1. Stock ein fein möblirtes Zimmer zum 1. Februar c. zu vermieten.

Magazinstr. 15 ist eine möblirte Parterrestube, auf Verlangen mit Stallung zu 1 oder 2 Reitpferden, sogleich oder vom 1. Febr. zu vermieten.

Friedrichsstr. 22 i. 1. Stock ist eine Wohnung v. 5 Bimm., Küche, Speiset., Mädchenstube u. Pferdestall v. 1. April zu vermieten.

Ein Laden mit Wohnung ist wegen Verzugs zum 1. April d. 3. zu verm. St. Martin 61.

Eine möbl. Stube ist vom 1. Febr. gr. Ritterstraße 1, Parterre zu vermieten.

Eine Schlaflaube ist zu vermieten bei Krug, Bäckerstraße Nr. 17.

Durch das landwirthschaftliche Central-Verfungs-Bureau der Gewerbe-Buchhandlung von Reinhold Kühn in Berlin, Leipzigerstraße 14, werden gesucht: 4 Wirtschaftsbeamte mit 50, 80 bis 150 Thlr. Gehalt c. 8 Debetomme-Lehrlinge; ein intelligenter, erfahrener Brennereiverwalter; ein unverheiratheter Gärtner mit 40, 50–80 Thlr. Gehalt, Tant. c.; 2 Tortmeister und 4 Landwirthschafterinnen mit 40–80 Thlr. Gehalt c.

Bum sofortigen oder späteren Antritt wird für ein bedeutendes Silber- und Messingwerk ein solider und sicherer, auch verheiratheter Mann als Rendant und Geschäftsführer zu engagiren gewünscht. Diese Stellung ist mit einem Jahrgehalt von 1000–1200 Thlr. und freier Wohnung verbunden, bietet eine angenehme und auf Jahre hinaus gesicherte Existenz dar und bedingt keine Fachkenntnis. Näheres ertheilt

Emil Kamps in Berlin,

Heiliggeistgasse 4.

Gesuch einer Wirtschafterin.

Ein gebildetes Mädchen (oder Frau), welches auch polnisch versteht, wird zur Unterstützung der Hausfrau auf einem Gute baldigt gewünscht. Gehalt jährlich 60 Thlr. Das Närber ist zu erfahren unter A. Z. poste rest.

Ein unverheiratheter, wo möglich militärar. Gärtner, findet sofort ein Unterkommen.

Näheres in der Saamen- und Blumenhandlung von A. Fleißig, Berlinerstraße No. 13, und 31.

Ein Lehrling findet Aufnahme in Eisner's Apotheke.

Ein Sohn rechtl. Eltern, welcher Lust hat Uhrmacher zu werden, sucht Uhrmacher O. Ströblau, Breslauerstraße Nr. 25.

Unterkommen-Gesuch. Als Weitnacht und Bereiter sucht Unterzeichneter ein baldiges Unterkommen, gute Alteste und eine schon zurücksgelegte tadellose Dienstzeit von 7, 4 und 6½ Jahren bei hohen Herrschaften liegen vor.

Krieger in Militärs.

Ein unverheiratheter Wirtschafts-Inspектор, 34 Jahr, der deutsch und polnisch spricht, gegenwärtig in Kondition, sucht von Johanni d. J. eine neue Stellung. Gesällige Öfferten unter der Adresse B. N. übernimmt zu Weiterbeförderung die Exped. dieser Btg.

Ein junger Mann, beider Landessprachen mächtig, mit guter Handschrift und militärfrei, sucht baldigt eine Stelle als Bote oder Dienst in einem Komtoir resp. Bureau, oder ein ähnliches Unterkommen. Näheres in der Strohut-Fabrik, St. Martin 78.

Ein anständiges junges Mädchen, im Nähern, Plätzen und Kochen erfahren, sucht eine Stelle zur Stütze der Hausfrau. Öfferten beliebe man unter A. B. in der Exped. d. Btg.

Ein anständiges junges Mädchen, im Nähern, Plätzen und Kochen erfahren, sucht eine Stelle zur Stütze der Hausfrau. Öfferten beliebe man unter A. B. in der Exped. d. Btg.

Ein Erzieherin (musikalisch) mit guten Zeugnissen versteht, sucht zum 1. April ein Engagement. Nähere Auskunft ertheilt die Exped. d. Btg.

Ein Mädchen, die Lust hat mit einer Familie zu reisen, kann sich melden Bäckerstraße Nr. 14, 1 Treppe.

Am Freitag Abend ist vom Weiz'schen Hause (in der Schloßstraße) bis zum vormaligen Hildebrand'schen, jetzt Tauber'schen Restaurant, eine goldene Brosche, in der Mitte ein Blumen Bouquet von mattem Golde darstellend, verloren gegangen. Der Finder wird erachtet, dieselbe in Weiz'schen Hause, 3 Treppen hoch rechts abzugeben, gegen eine Belohnung von 2 Thaler.

Ein brauner Jagdbund mit rundem Halsband, Maulkorb und Steuermarke, hat sich am 21. Mts. verlaufen. Dem Wiederbringer, oder dem, der mir den Verbleib nachweisen kann, eine angemessene Belohnung.

A. Menzel, Wilhelmstraße Nr. 8.

Die Herren Mitglieder der Kaufmännischen Vereinigung werden auf Grund des §. 65 unseres Statuts zur ordentlichen General-Versammlung auf Donnerstag den 28. Januar d. J. Nachmittags 4 Uhr in unserem Geschäft-Versammlungs-Lokale hierdurch eingeladen.

Posen, den 22. Januar 1864.

Der Vorstand der Kaufmännischen Vereinigung.

Berein gegen Hausbettelei in der Stadt Posen.

Nach §§. 5 und 12 des Statuts werden die Mitglieder zu einer Generalversammlung auf Montag den 25. Januar

Abends 7 Uhr in den Magistrats-Sitzungssaal ergebenst eingeladen.

Der Vorstand.

Ressource im Logen-Lokale.

Sonntag den 24. Januar, 7 Uhr Abends;

deklatorische Unterhaltung u. Tanz.

Handwerkerverein.

Montag den 25. Januar. Vortrag des Hrn.

Dr. Waldstein: "Über die volkswirthschaftliche Bedeutung des Kurus."

Berlin, 22. Januar. Wind: SW. Barometer: 28°. Thermometer: früh 4°+. Witterung: wolfig.

Roggen war heute wieder überwiegend angeboten und die Stimmung in Folge dessen unverändert flau, wenngleich der weitere Rückgang weniger Umfang erreichte als in den letzten Tagen. Mit effektiver Ware ging es schleppend, Anerbietungen sind reichlich und nur zu billigeren Preisen Abnehmer zu finden. Gefunden 1000 Qtr.

Rüböl musste bei fehlender Frage neuerdings im Werthe nachgegeben, obwohl die Verkäufer gar nicht zahlreich waren und auch der Handel entsprechend geringfügig blieb.

E

10<sup>th</sup> R. Br., Jan. 10<sup>th</sup> a 10<sup>th</sup>/24 b.<sup>z.</sup> u. Br., 10<sup>th</sup> Gd., Jan.-Febr. do., Febr.-März 10<sup>th</sup> R. Br., März-April 10<sup>th</sup> Br., April-Mai 11 a 10<sup>th</sup>/24 b.<sup>z.</sup> u. Br., 10<sup>th</sup> Gd., Mai-Juni 11<sup>th</sup>/24 a 11 b.<sup>z.</sup> u. Gd., 11<sup>th</sup> R. Br., Septbr.-Oktbr. 11<sup>th</sup> a 11<sup>th</sup> b.<sup>z.</sup> u. Gd., 11<sup>th</sup> R. Br.

Leinöl loko inkl. Fas 13<sup>th</sup> R. b.<sup>z.</sup>, 13<sup>th</sup> R. Br., April-Mai 12<sup>th</sup> R. Br. Baumöl, Malaga 18<sup>th</sup>, 4<sup>th</sup> R. tr. b.<sup>z.</sup>, schwimmend 18<sup>th</sup> R. tr. b.<sup>z.</sup> Astrachan, Robbenbran 15<sup>th</sup> R. b.<sup>z.</sup> u. Gd. Rosinen, Eisme 8<sup>th</sup> R. trans. b.<sup>z.</sup> Pfeffer, Singapur 12<sup>th</sup> R. trans. b.<sup>z.</sup> Hering, schott. crowe und fullbrand Bansfer 12 R. tr. b.<sup>z.</sup> u. Gd., Ihnen 6<sup>th</sup> R. tr. b.<sup>z.</sup> Aktien, Germania mit Div. fr. Binsen 104<sup>th</sup> b.<sup>z.</sup> (Offiz.-Btg.)

Mehl. Wir notiren: Weizenmehl 0. 3<sup>th</sup> a 9<sup>th</sup>, 0. u. 1. 3<sup>th</sup> a 3<sup>th</sup> R. R. Roggenmehl 0. 3<sup>th</sup> a 2<sup>th</sup>, 0. und 1. 2<sup>th</sup> a 2<sup>th</sup> R. p. Ctr. unversteuert. (B. u. S. B.)

**Stettin**, 22. Januar. Seit Dienstag ist nach Schneefall Thauwetter eingetreten. Die weiter fortgeschrittenen Verwicklungen in der deutsch-dänischen Angelegenheit und die Erhöhung des Diskontosages wirkten um so mehr lähmend auf das Geschäft, als gleichzeitig die englischen Märkte keine Preisbesserung meldeten.

Die Beführungen betrugen in den letzten 8 Tagen:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
Wippl.	Wippl.	Wippl.	Wippl.	Wippl.	Wippl.
auf der Berlin-Stett. Eisenb.	225	5	12	—	9
" " Stettin-Starg. Eis.	668	420	41	11	52
" " Vorpomm. Eisenbahn	261	34	6	—	14
landwärts . . . . .	313	231	69	68	45
zusammen Wippl. . . . .	1467	690	128	79	120

Weizen hat einen starken Rückgang erlitten und steht jetzt niedriger als seit sehr langer Zeit. Die Unsicherheit, ob im Frühjahr die gesammelten Vorräte seewärts verladen werden können, hält die Preise unter Druck. In England verlangt man jetzt weit mehr als 1% Kriegsprämie, während unsere Assekuranzgesellschaften von vornherein abgelehnt haben, gegen Kriegsgefahr zu versichern. Bei irgend welcher Wahrscheinlichkeit, daß Dänemark sich zum Frühjahr auf einen Seefried mit Deutschland, Preußen und Dänemark einließe, wäre 1% allerdings eine sehr billige Prämie.

Auch Roggen ist noch weiter zurückgegangen. Jedenfalls genügt die letzte Ernte nicht nur dem Bedarf des Inlandes, sondern läßt auch noch ein erhebliches Quantum zum Export übrig. Mehr wie sonst ist deshalb die Frage, ob der Export seewärts nach dem Fortgange des Eises unbehindert sein wird, bei diesem Artikel von Einfluß. Da die Bestände knapp sind und die Beführ nur schwach war, so ist von Januar-Lieferung gegen Frühjahr aus dem Report ein Deport entstanden.

In Sommergetreide war wenig Geschäft. Hafer wieder etwas billiger. Rüböl. Die Preise sind etwas herunter gegangen. Das Geschäft bleibt unter dem Einfluß der politischen Verhältnisse sehr stille.

Spiritus war den Berliner Preisen folgend flau, die Beführungen sind anhaltend stark und die Läger vergrößern sich.

**Au der Börse.** [Amtlicher Börsenbericht.] Weizen etwas höher bezahlt, also p. 80psd. gelber 50-53 R. b.<sup>z.</sup> geringer 48 b.<sup>z.</sup> bunter 52-53 b.<sup>z.</sup> 83/80psd. gelber p. Jan.-Febr. 50<sup>th</sup> Br., Frühjahr 53<sup>th</sup>, 54 b.<sup>z.</sup> Br. u. Gd., Mai-Juni 54<sup>th</sup>, 55 b.<sup>z.</sup> u. Gd., 55<sup>th</sup> Br., Juni-Juli 56 Br., 55<sup>th</sup> Gd.

Roggen, Preise schwankend, p. 2000psd. loko 32<sup>th</sup>-33 R. b.<sup>z.</sup>, Jan. u. Jan.-Febr. 33 Br., Frühjahr 32<sup>th</sup>, 33 b.<sup>z.</sup> Br. u. Gd., Mai-Juni 33<sup>th</sup>, 34 b.<sup>z.</sup> Br. u. Gd., Juni-Juli 35 b.<sup>z.</sup> Gd. u. Br.

Gerste, märz. loko p. 70psd. 30 R. b.<sup>z.</sup>

Hafer p. 50psd. loko 20-22 R. b.<sup>z.</sup>, 47/50psd. Frühjahr 23<sup>th</sup> b.<sup>z.</sup> u. Br., Mai-Juni 20m. 24 b.<sup>z.</sup>

Erbsen, Futter 34-35 R. b.<sup>z.</sup>, Koch 36 b.<sup>z.</sup>, p. Frühjahr Futter-36 b.<sup>z.</sup> u. Br.

Heutiger Landmarkt:

Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen  
52-53 32-34 28-30 22-27 36-38.

Rüböl wenig verändert, loko 10<sup>th</sup> R. b.<sup>z.</sup> Br., Jan. u. Jan.-Febr. 10<sup>th</sup> Br., April-Mai 10<sup>th</sup> b.<sup>z.</sup>, Septbr.-Oktbr. 11 Gd.

Spiritus unverändert, loko ohne Fas 13<sup>th</sup> R. b.<sup>z.</sup>, Jan.-Febr. 13<sup>th</sup> b.<sup>z.</sup>, Febr.-März 13<sup>th</sup> Br., Frühjahr 14<sup>th</sup> Br., 14<sup>th</sup> R. b.<sup>z.</sup>, Mai-Juni 14<sup>th</sup> Br.

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rüben.

Raps . . . . . 192-182-172 Sgr.

Winterrüben . . . . . 182-172-162 = p. 150 Psd. Brutto.

Sommerrüben . . . . . 155-145-135 = (Bresl. Hdls.-Bl.)

Raps p. Januar 89<sup>th</sup> Br.

Rüböl matter, gef. 200 Ctr., loko 10<sup>th</sup> Br., 10<sup>th</sup> Gd., p. Jan. 10<sup>th</sup> Br., Jan.-Febr. 10<sup>th</sup> Br., März 10<sup>th</sup> Br., März-April 10<sup>th</sup> Br., April-Mai 10<sup>th</sup> b.<sup>z.</sup> Br., Juni-Juli 10<sup>th</sup>/24-15 b.<sup>z.</sup> Br., 10<sup>th</sup> Br., Septbr.-Oktbr. 11 Br.

Spiritus matt, gef. 6000 Ctr. loko 13<sup>th</sup> Gd., 13<sup>th</sup>/24 Br., p. Jan. u. Jan.-Febr. 13<sup>th</sup> b.<sup>z.</sup>, Febr.-März 13<sup>th</sup> Br., April-Mai 14 b.<sup>z.</sup>, Mai-Juni 14<sup>th</sup> Gd., Juli-August 14<sup>th</sup> b.<sup>z.</sup>

Bink ohne Umsatz.

Die Börse war in recht fester Haltung, ohne daß sie damit einen lebhafteren Verkehr verband. Die Gerüchte von

Breslau, 22. Januar. Bei außerordentlich günstiger Stimmung und bedeutendem Geschäft erfuhren die Kurse sämtlicher Spekulationspapiere einen namhaften Aufschwung.

Schlusskurse. Diskr.-Komm.-Anth. — Destr. Kredit-Bankatl. 74<sup>th</sup> b.<sup>z.</sup>

Destr. Kredit-Bankatl. 74<sup>th</sup> b.<sup>z.</sup> do. 1860 76<sup>th</sup>-77 b.<sup>z.</sup> n. B.

Schles. Bankverein 98 G. Breslau-Schweidnitz-Freiburg. Aktien 124<sup>th</sup> B., 123<sup>th</sup> G. dito Prior. Oblig. 94<sup>th</sup> B. dito

Prior. Oblig. Lit. D. — dito Prior. Oblig. Lit. E. — Kolin-Mindener Prior. 89<sup>th</sup> Br. Meißner-Brieger

79<sup>th</sup> G. Überschluß Lit. A. u. C. 144<sup>th</sup> B., 144<sup>th</sup> G. dito Lit. B. 131<sup>th</sup> G. dito Prior. Oblig. 94<sup>th</sup> B. dito

Prior. Obligationen 99<sup>th</sup> B. dito Prior. Oblig. Lit. E. 80<sup>th</sup> G. Rheinische — Oppeln-Tarnowitzer 55<sup>th</sup> B., 54<sup>th</sup> G.

Kosel-Oderberger 48<sup>th</sup> G. do. Prior. Oblig. — do. Prior. Oblig. — do. Stamm-Prior. Oblig. —

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Wien, Freitag 22. Januar. (Schluß-Kurse der offiziellen Börse). Haltung schwankend.

5% Metalliques 72, 60, 4<sup>th</sup>/2% Metalliques 63, 65, 1854er Loose 90, 25. Bankaktien 780, 100. Nordbahn 169, 20.

National-Anlehen 80, 20. Kredit-Aktien 181, 20. St. Eisenb. Aktien-Cert. 189, 25. London 120, 100. Hamburg 91, 25.

Paris 47, 50. Böhmisches Westbahn 153, 25. Kreditloose 131, 00. 1860er Loose 93, 25. Lombard. Eisenbahn 245, 00.

Frauenf. a. W. Freitag 22. Januar. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Destr. Spekulationspapiere

Anfangs höher, im Laufe des Geschäftes etwas matter, schlossen fest. Finnland. Anteile 84<sup>th</sup>.

Schlusskurse. Staats-Prämien-Anteile — Preußische Kassencheine 104<sup>th</sup>.

Beiliner Wechsel 105<sup>th</sup>. Hamburger Wechsel 88<sup>th</sup>. Londoner Wechsel 117<sup>th</sup>. Wiener Wechsel 92<sup>th</sup>.

Darmstädter Bankatl. 21<sup>th</sup>. Darmstädter Zettelbank 250<sup>th</sup>. Meiningen Kreditbank 90<sup>th</sup>. Euremberger Kre-

Span. Kreditb. v. Rothchild 4<sup>th</sup>. 1854er Loose 49<sup>th</sup>. 1854er Loose 71.

Rheinische Loose 52<sup>th</sup>. Badische Loose 52<sup>th</sup>. 5% Metalliques 56<sup>th</sup>. 4<sup>th</sup>/2% Metalliques 56<sup>th</sup>.

Destr. National-Anlehen 63<sup>th</sup>. Destr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 180. Destr. Banantheile 752. Destr. Kre-

ditaktiv 173. Destr. Elisabethbahn —. Rhein-Nahebahn 25<sup>th</sup>. Hess. Ludwigsb. 121<sup>th</sup>. Neueste östr. Ant. 76<sup>th</sup>.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochnus in Breslau. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Breslau.

Preise der Cerealien. (Amtlich)

Breslau, den 22. Januar 1864.

feine mittel ord. Waare.

Weißer Weizen . . . . . 64-66 62 53-59 Sgr.

Gelber dito . . . . . 58-60 56 52-54 —

Rogen . . . . . 39-40 38 36-37 —

Gerste . . . . . 35-37 33 30-31 —

Hafer . . . . . 28-29 27 25-26 —

Erbsen . . . . . 45-48 42 38-40 —

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Bromberg, 22. Januar. Wind: SW. Witterung: trübe. Morgens 0°. Mittags 2° Wärme.

Im Getreidehandel bleibt die flache Stimmung vorherrschend. Weizenpreise behaupten sich nur mühsam, Roggen und Sommergetreide ist nur billiger verkauflich.

Wollgewicht 125/128psd. holl. (81 Pfund 25 Loth bis 83 Pfund 24 Loth

Bollgewicht) 42-44 Thlr., 128/130psd. 45-47 Thlr., 130/134psd. 47-50

Thlr. Blau- und schwarzwärtige Sorten 5-8 Thlr. billiger.

Rogen 120/125psd. (78 Pfund 17 Loth bis 81 Pfund 25 Loth) 26-28

Thlr. Röherb. 28-30 Thlr. — Futtererb. 26-28 Thlr.

Gerste, große 25-27 Thlr. kleine 20-22 Thlr.

Spiritus 13 Thlr. pr. 8000 %.

(Bromb. Btg.)

Börlitz, 21. Jan. Weizen (weiß) von 2 Thlr. 10 Sgr. bis 2 Thlr.

15 Sgr. Weizen (gelb) von 2 Thlr. 2<sup>th</sup> Sgr. bis 2 Thlr. 10 Sgr. Roggen von 1 Thlr. 11<sup>th</sup> Sgr. bis 1 Thlr. 17<sup>th</sup> Sgr. Gerste von 1 Thlr. 6<sup>th</sup> Sgr. bis 1 Thlr. 27<sup>th</sup> Sgr. Hafer von 22<sup>th</sup> Sgr. bis 26<sup>th</sup> Sgr. Erbsen von 1 Thlr. 27<sup>th</sup> Sgr. bis 2 Thlr. 5 Sgr. Kartoffeln 18 bis 20 Sgr. Stroh à Schock von 4 Thlr. 20 Sgr. bis 5 Thlr. Heu à Ctr. von 27<sup>th</sup> Sgr. bis 1 Thlr. 7<sup>th</sup> Sgr. Butter à Pfund 7 bis 8 Sgr.

Danzig, 21. Januar. Wetter: bewölkt, früh

15<sup>th</sup> °Kälte. Barometer: 27° 11". Die bisherigen Käufer zeigten sich am heutigen Morgen gänzlich zurückhaltend und war eine entschieden flache Stimmung vorherrschend.

Weizen matter, wir notiren: p. 84psd. weiß. schles. 52-66 Sgr., gelb.